

Bezugspreis:
Für den Einzelverkauf 20 Pf. monatlich, 20 Pf. vierteljährlich, 60 Pf. halbjährlich, 120 Pf. jährlich. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 10% Rabatt. Bei Abnahme von 50 Exemplaren 20% Rabatt. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 30% Rabatt. Bei Abnahme von 500 Exemplaren 50% Rabatt. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 60% Rabatt. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 80% Rabatt. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 90% Rabatt. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 95% Rabatt. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 98% Rabatt. Bei Abnahme von 500000 Exemplaren 99% Rabatt. Bei Abnahme von 1000000 Exemplaren 100% Rabatt.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Expedition Moritzplatz 11753-51

Sonnabend, den 11. Februar 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-51

Anzeigenpreis:
Die gesondertem Kompositionen...
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Sozialdemokratie und Beamtenstreik.

Mit einem Knalleffekt schloß die gestrige Reichstagsitzung. Als der unabhängige Abg. Dittmann scharfe Angriffe auf den Verkehrsminister Groener richtete und im halbleeren Saal eifriges Getöse von rechts und links entstand, wußte sich der deutschnationale Vize, Herr Dietrich-Prenzlau, nicht zu helfen und hatte den spontanen Einfall, die Sitzung — mitten in Dittmanns Rede — zu schließen und eine neue auf heute mittag 1 Uhr ohne Angabe der Tagesordnung anzuberäumen. Ein geschickter Vorsitzender hätte den kleinen Zwischenfall im Handumdrehen erledigt, er hätte Dittmann wegen des Ausdrucks „Hundsotter“ zur Ordnung gerufen, wenn er ihn auf Groener bezogen hätte, andernfalls die nach einem Ordnungsruf heulende Rechte beruhigt. Ein ungeschickter Vorsitzender hätte die Sitzung für eine Viertelstunde unterbrochen. Nur Herr Dietrich-Prenzlau, der ein guter Mensch, aber überhaupt kein Vorsitzender ist, konnte auf den Gedanken kommen, gleich auf den nächsten Tag zu vertagen und dadurch die Dispositionen des Reichstags erheblich zu stören.

Mit einer Rede Groeners hatte die Sitzung begonnen. Dieser General aus der Kaiserzeit, der sich in ehrlicher Absicht der Republik zur Verfügung gestellt hat, aber doch die neue Zeit nicht immer ganz begreifen kann, hat diesmal durch die ruhige Sachlichkeit seines Vortrags seine schwergeladenen Gegner so ziemlich entworfen. Hätte man nur ein wenig die alten Sporen fürren gehört, so wäre es sicher zu mühen Auftritten gekommen. Aber die mit Spannung und einiger Befürchtung erwartete Rede des Verkehrsministers wurde im großen ganzen so undramatisch aufgenommen, wie sie selber undramatisch klang.

Nach dem Minister sprach unser Genosse Wels. Technisch durch starke Hellefekt behindert, wußte er doch das Haus durch den sachlichen Inhalt seiner Rede aufs stärkste zu fesseln. Wels hielt weder mit seiner Kritik an der Befolgsordnung zurück, noch unterließ er überhaupt, den tieferen sozialen Grund und den unglückseligen Streiks gerecht zu werden. Er verheißt auch nicht die starken Bedenken der sozialdemokratischen Fraktion gegen die inzwischen aufgehobene Verordnung des Reichspräsidenten. Aber er konnte — im Gegensatz zu Dittmann — aus solchen Voraussetzungen nicht zu einer Billigung des Streiks kommen, der den Beteiligten wie der Allgemeinheit nichts anderes als schweren Schaden gebracht hat. Hauptinhalt und Höhepunkt dieser sozialdemokratischen Rede bildete eine Unternehmung über das Streikrecht der Beamten. Wels stellte tatsächlich fest, daß noch keine Regierung keines Systems, keiner Partei ein unbefränktes Streikrecht der Beamten anerkannt und auf Maßregeln gegen Beamtenstreiks verzichtet hat. Er schlug die Kommunisten mit dem Hinweis auf das Fehlen jeglichen Streikrechts in Rußland, die Unabhängigen durch Zitiierung der berühmten Rede ihres Fraktionskollegen, des schicksalhaften Ministers Lipinski. Würde Lipinski heute zur Abstimmung in den Reichstag kommen — er wird sich wohl hüten — so müßte er sich selber durch Annahme des Antrags Ledebour und Genossen ein Mißtrauensvotum ausstellen.

Auf der anderen Seite konnte Wels feststellen, daß keine Partei unter allen Umständen Beamtenstreiks mißbilligt. Die Rechte konnte er darauf verweisen, daß sie Beamtenstreiks — man denke nur an den Richterstreik in Oberschlesien! — ausdrücklich gutgeheißen habe. Wenn später der deutschnationale Redner Berndt entgegnete, daß sei etwas ganz anderes, da habe es sich um einen Kampf gegen die Fremdherrschaft gehandelt, so wird dadurch an der Feststellung nicht das geringste geändert. Es gibt eben keine Partei, die eine kollektive Arbeitseinstellung der Beamten unter allen Umständen verdammt.

Von da aus war es unserem Redner leicht nachzuweisen, welcher Unfug es ist, den letzten Eisenbahnstreik mit dem Generalstreik zur Niederschlagung der Rapp-Rebellion in Parallele zu stellen. Und aus der gesamten Darstellung ergab sich der zwingende Schluß, daß die Beamten, solange sie auf das Beamtenprivilegium Anspruch erheben, nicht den Arbeitern gleichgestellt, sondern allen Berufsständen bevorrechtet werden, wenn man ihnen ein unbefränktes Streikrecht zubilligen wollte. Ein letztes Notwehrrecht aber, das unter Umständen auch durch Arbeitsseinstellung ausgeübt werden kann, läßt sich durch geschriebene Bestimmungen nicht beseitigen und kann auch den Beamten nicht verweigert werden.

Nach Wels sprach der Zentrumsmann Hölke, der die Maßnahmen der Regierung uneingeschränkt billigte. Ihm folgte der deutschnationale Berndt, der auseinandersetzte, der Streik sei unter gewerkschaftsozialistischem Einfluß zustande gekommen, und wärsch triumphierend hervorhob. Gewerkschaften und sozialistische Parteien hätten auf den Streik nicht den geringsten Einfluß gehabt. Der Angeklagte kann zwar nichts dafür, er ist aber trotzdem schuldig. Daß Herr

Berndt das zuvor memorierte Sprüchlein über den Rapp-Streik herunterbetete, obwohl Wels alles schon zuvor haarklein widerlegt hatte, versteht sich von selbst. Der Volksparteiler und Fachminister a. D. Scholz fand, wie natürlich auch Herr Berndt, das Verhalten der Regierung nicht schmeichelnd genug und mißbilligte es aufs schärfste, daß mit der streikenden Reichsgewerkschaft verhandelt worden war. Man brauchte nur diese Rede zu hören, nicht erst die „Zeit“ von gestern abend zu lesen, um zu merken, daß die Brumlein der „großen Koalition“ in einer kalten Winternacht erirren sind. Nach den Oppositionsreden der Schwesterparteien von der Rechten erhob sich der Reichskanzler Birth zu einer Erwiderung, und man muß sagen, daß er mit großer Geschicklichkeit manches wieder zusammenknüpfte, was er am Tage zuvor zerrissen hatte. Er verstand es, die Befürchtungen zu zerstreuen, daß die Niederlage der Eisenbahner zu einer Rache- und Vergeltungspolitik mißbraucht werden könnte, die er aufs allerentschiedenste ablehnte. Herr Birth hat durch seine Rede das Vertrauen geteilt, daß seine Regierung mit ihren vier sozialdemokratischen Ministern — trotz Dittmann — immer noch die beste ist, die die Beamten nach ihrer Streikniederlage haben können.

Von der äußersten Linken ist eine ganze Serie von Mißbilligungsanträgen gestellt, auch die Unabhängigen haben sich diesmal dabei beteiligt. Die sozialdemokratische Fraktion kann keinen Mißbilligungsantrag annehmen, ohne dadurch die Regierung zu Fall zu bringen. Diese Anträge enthalten zum Teil Dinge, die bereits durchgesetzt sind, zum Teil solche, die noch durchzusetzen sein werden, zum Teil aber das Ziel hinauschiebende Forderungen. Die sozialdemokratische Fraktion muß aber diese Anträge als Ganzes nehmen und über sie nach politischen Gesichtspunkten entscheiden.

Dittmann, der zum Schluß über die Regierung schrecklich schimpfte, würde nicht wenig erschrecken, wenn die sozialdemokratische Fraktion den unabhängigen Mißbilligungsantrag annehmen würde. Ach, wie schön wäre es, wenn einmal auf der ganzen Linken sachliche Politik im Interesse der Arbeiter getrieben würde unter Verzicht auf agitatorisches Wettrennen und rhetorische Schaumbläsererei!

Nach einer Rede des Reichsverkehrsministers Groener, die wir an anderer Stelle wiedergeben, sprach

Abg. Wels (Soz.):

Vor allem bedauern wir, daß ein solches Loblied auf die Technische Rothhilfe heute gelangen werden kann. Die Technische Rothhilfe kann kaum zur Beruhigung der Arbeitermassen beitragen. Das ist sicher: Dieser Streik hat den Kampf der Gewerkschaften für die Befreiung der Technischen Rothhilfe recht erschwert — Es ist hier von einer Beamtenrevolte gesprochen worden. Das Wort „Beamtenaufstand“ ist gefallen. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Folgen des Streiks solcher aus der Welt geschafft worden wären, wenn die Worte nicht gesprochen worden wären. Ich nehme an, daß der Kanzler das Wort „Revolte“ dahin versteht, daß aus dem Streik leicht so etwa wie ein Aufruhr hätte hervorgerufen können.

Der Streik war für Deutschland ein Unglück, nicht nur in materieller Hinsicht — der Schaden ist ungeheuer —, auch in moralischer Hinsicht. Wenn gerade in Folge der ungeheuren Schwere der Schäden es nötig ist, die Ursachen der ganzen Bewegung kennen zu lernen, damit die Quellen, aus denen das Unglück fließt, verstopft werden. Die Befolgsordnung muß nach sozialen Gesichtspunkten durchgeführt werden als bisher. Grund zum Mißmut bei den unteren und mittleren Beamten war leider nur zu viel vorhanden. Von den höheren Beamten dagegen ist das Sprichwort: „Wer das Kreuz hat, legnet sich.“ Die Art der Behandlung der Beamten war nicht richtig. Die Regierung muß die psychologischen Momente mehr beachten, denn durch Schaden wird man war klug, aber nicht reich. Wir gestehen mit voller Deutlichkeit, daß

die Beamtenhoffung viel Grund zur Klage hatte. Dennoch billigen wir nicht die Art des Kampfes der Reichsgewerkschaft. Was soll man zu dem irrsinnigen Gerede sagen, das in dem Aufruhr vom 8. Februar von der Erteilung der Reichsgewerkschaft über die Frage der Revorenionen, der Steuerkosten und der Geldentwertung gesprochen wurde! Es ist bedauerlich, daß Beamte auf einen solchen Unfug herabgefallen sind. Die Valutastage ist eine internationale Frage. Deutschland kann am allerwenigsten das Valutastend aus der Welt schaffen.

Automatische Anpassung der Gehälter an die Kaufkraft des Geldes muß erfolgen. Wir sind gegen jeden Versuch, den Arbeitslosen zu verfallern. Diese wichtige Erregung der Revolution muß bestehen bleiben. (Unruhe rechts.) Ich meine nicht, daß auch der Reichsverkehrsminister behauptet, er wolle nicht an den Arbeitslosen an rühren. Was die Frage der Arbeitszeit, der Arbeit bereitwilligkeit und ähnliche Fragen betrifft, so ist sich die Arbeiterschaft in der Masse darüber klar, daß eine Differenzierung gemacht werden muß und daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht leiden darf. Ich habe während des Streiks mit führenden Persönlichkeiten der Streikbewegung gesprochen. Auch diese Leute waren für

solche Gesichtspunkte durchaus zu haben. Der Streik selbst ist immer eine zweischneidige Waffe und schon Grillenberg hat auf dem Parteitag in Halle nach dem Falle des Sozialistengesetzes betont, daß der Arbeiterbewegung der Streik nie zur Erregung von Unzufriedenheit dient. Die Sozialdemokratie propagiert keine Streiks. Die scharfe Waffe darf immer nur in äussersten Fällen angewandt werden. Das Ziel des Streiks muß gemessen werden an den Opfern, die gebracht werden müssen. Und jeder Streik muß die öffentliche Meinung auf die Seite der Arbeiter bringen; es ist und bleibt eine Tatsache, daß dieser Streik in der Bevölkerung und bei den Arbeitern anders aufgenommen wurde, als viele Leute vielleicht erwarteten. Auf den Äußerungen der Technischen Rothhilfe, die von Friedrichshagen kamen, haben z. B. nicht bloß Reichheitssozialisten, sondern auch Kommunisten. (Große Heiterkeit.) Und das Wasser, das die Technische Rothhilfe in Berlin beschaffte, wurde scharf in den Hausböden der Kommunisten nicht ausgeschüttet, sondern gebraucht. Bei diesem Streik trat der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der Klassen Gegensatz in keiner Weise hervor. Die Wirkung des Streiks trat besonders schmerzlich nicht die Beschäftigten, sondern die Arbeiter. Der Westen Berlins ist viel weniger als der Norden und Osten, wo die Arbeiter wohnen. Auf der anderen Seite müssen wir aber trotz aller nachherigen Kritik nicht vergessen, daß die Massen des Volkes unter den Nachwirkungen des Streiks in einer begreiflichen Erregung auf sich befinden; gegen diese mit Gewaltmaßnahmen vorzugehen, wie es die Rechte fordert, wäre tödlich und sinnlos. Wir stehen in einem großen Umwälzungsprozess. Wenn Ende wir mit Geduld abwarten müssen. Unter ganzem Volk ist radikalisiert. Es würde sich aber nicht um einen politischen, sondern um einen

wirtschaftlichen Radikalismus.

der sich im Lager der Rechten oft viel drastischer äußert als links. Die Rechte hat dem Streik gegenüber eine etwas eigenartige Haltung eingenommen — beargwünlich, daß aus den Kreisen der Arbeiterschaft die Beschäftigung ausbleibe, gegenrevolutionäre Kräfte ständen hinter der Streikbewegung. Das deutschnationale Konzept ist ja bekannt. Es lautet: Je größer die Schwierigkeiten der Republik, desto größer die Bereitwilligkeit der Reaktion! (Sehr wohl! links.)

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist aufgehoben. Hinterher sind die meisten Leute klüger als vorher. Die Verordnung war nutzlos, so sie schon da und dort Sympathien für die Streikenden, wo nichterne und kritische Einstellung anfangs die Köpfe beherrschte. Man hat die Blöße der Streikenden falsch eingeschätzt. (Zuruf bei den Unruh.;) Ebert ist doch über Mann! Gewiß ist er das. Ebert ist Sozialdemokrat, aber als Reichspräsident ist er neutralisiert. Uebrigens denken Sie in diesem Augenblick auch ein bisschen an Lipinski! Das

Streikrecht der Beamten

Ist eine vielumstrittene Frage, ein überaus schwieriges Problem! In diesem Punkt sind die Deutschnationalen und die russische Sozialreaktion wieder einmal der gleichen Ansicht. Wir sind sicher, daß es einem russischen Eisenbahner, der einen anderen zum Streik veranlassen wollte, über ergehen würde. (Unruhe b. d. Komm.) In Deutschland zeigt sich, daß ein Unterschied ist, ob eine Partei an der Regierung teilnimmt, oder ob sie hemmungslos Kritik über darf. Ich erinnere an die Verordnung vom 19. November 1918, die den Streik für lebensnotwendige Betriebe verboten und gegen dieses Verbot hatte der revolutionäre Reichsstadatenrat durchaus nichts. Gektern hat der Reichskanzler auf die Stellung des unabhängigen Ministers

Lipinski zum Beamtenstreik

hingewiesen. Lipinski will bekanntlich von einem Beamtenstreik nichts wissen und der „Vorwärts“ bemerkte sogar, er wolle nicht so weit gehen als Lipinski. Wir sind sicher, in diesem Hause ist keine Partei, die den Beamten unter allen Umständen ein unbefränktes Streikrecht zubilligen wird. Ein solch unbefränktes Streikrecht ist noch von keiner Regierung zugelassen worden. Unbefränktes Streikrecht der Beamten ist gleichbedeutend mit unerbittlichen Konflikten für jede Regierung. Für die Arbeiter handelt es sich beim Streik um einen Kampf um Sein oder Nichtsein. Ganz anders ist die Lage des Beamten. Seine wirtschaftliche Lage ist viel sicherer als die des Arbeiters. Der Beamte riskiert bei einem Streik nichts, wenn der Staat nicht wie jeder Privatunternehmer das Aussperrungsrecht besitzt.

Hat der Staat kein Aussperrungsrecht, dann hat der Beamte kein unbefränktes Streikrecht.

Beamtenprivilegien und unbefränktes Streikrecht sind unvereinbar. Beide Dinge müssen miteinander korrespondieren. Wir sind uns darüber klar, daß jedes Prinzip, welches bis auf die Spitze getrieben, sehr leicht zu einem Unfug führt. Wenn wir nun betonen, daß dem Beamten ein unbefränktes Streikrecht nicht zustehen kann, so müssen wir auf der anderen Seite doch gestehen, daß auch für den Beamten ein letztes Notwehrmittel übrig bleiben muß. (Unruhe und Harufe rechts.) Es ist doch bekannt, daß es z. B. im letzten Gebiete Beamtenstreiks, so sogar Richterstreiks gegeben hat, die den Beifall der Reichsparteien gefunden haben. Jede Kreatur hat ein Recht auf Notwehr. Dieses letzte Notwehrrecht bleibt auch den Beamten. (Zuruf b. d. Komm.: Rapp-Putsch!) Der Hinweis auf den Rapp-Putsch in diesem Augenblick ist sehr am Ort. Damals im März 1920 hat sich die Beamtenchaft geweiheit, sich unter die Tyrannei einiger Hauswürste zu stellen. Die Beamtenchaft blieb ihrer Regierung treu. Damals handelte es sich nicht um einen Lohnkampf, sondern um Dinge, die

mit dem Fragenkomplex des Streikrechts nichts zu tun haben. Die Nationalversammlung in Weimar hat den Beamten kein Streikrecht zuerkannt. Das geht aus den Verhandlungsberichten der Ausschüsse klar und deutlich hervor.

Wir wollen nicht mehr zurück zum alten Beamtenum, das nach oben knechtisch war und nach unten brutal. Wir wollen ein neues Beamtenum,

das dem neuen Staat mit neuen Rechten und neuen Pflichten gegenübersteht. Wir wollen nicht, daß nun jetzt nach dem Streit die oberen Behörden zu kleinlicher Schläne greifen. Die Richtlinien des Kabinetts müssen von jeder Schlane frei sein. Keine Kasse und keine Gehässigkeit, sonst hemmen wir den heilungs- und gesundungsprozess und das Wert des Wiederaufstiegs. Für diesen Wiederaufstieg hat Lenin die Parole geprägt: Er war es, der den Arbeitern zurück: Arbeit und Disziplin nur kann uns retten. Arbeit, Disziplin und Hingabe an das allgemeine Wohl, an den großen sozialistischen Gemeinschaftsgedanken! In diesem Gedanken allein kommen wir wieder vorwärts zu besseren Tagen. (Lebh. Beifall v. d. Soz.)

Die erledigte große Koalition.

Die interfraktionellen Besprechungen von gestern vormittag waren streng vertraulich. Infolgedessen teilte das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die „Zeit“, schon gestern abend treu und wieder folgendes mit:

Die Verhandlungen, die heute vormittag über das Steuerkompromiß stattfanden, haben zu einem abschließenden Ergebnis nicht geführt. Es bleibt dabei, daß die Arbeit in den Steuer-ausschüssen unter sachlicher Mitarbeit der Deutschen Volkspartei weitergeht, daß aber die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei für die Schlussabstimmung im Plenum freie Hand behält und ihre Entscheidung von den Sicherheiten abhängig macht, die für eine sachgemäße Verwendung der Steuerbeträge geboten werden. Die Koalitionsfrage steht mit diesen Erörterungen über das Steuerkompromiß nicht mehr im Zusammenhang, da sie nach der ganzen Haltung des Herrn Dr. Weth und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fürs erste wohl als erledigt gelten kann. Es gibt auch an g e n e h m e Indiskretionen!

Bayerische Treiberereien.

München, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unverantwortliche Kreise der Bayerischen Volkspartei haben in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse eine systematische Hege gegen den Vertreter des Reichs in München, den Grafen Jech, eingeleitet. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ erklärt bei dieser Gelegenheit, daß zwischen dem Grafen Jech und dem Verfasser der berüchtigten Denkschrift „Dunkle Vorgänge in Bayern“ ein enger Zusammenhang bestehe. Der bayerische „Kurier“ verlangt offen die Abberufung des Grafen Jech. Der „Miesbacher Anzeiger“ behauptet, es wäre ein Hochverratsverfahren gegen den Grafen Jech bereits eingeleitet, weil er der Leiter der Bespitzelung Bayerns durch Berlin gewesen sei. Auch der „Regensburger Anzeiger“, das Blatt des Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, strebt die Abberufung des Grafen Jech an. Der tiefere Grund des Vorstoßes gegen den Grafen Jech ist die Tatsache, daß dieser es bisher peinlich vermieden hat, den Münchener nationalstaatlichen Kummel mitzumachen und die Intrigen seines preussischen Kollegen, der nun endlich abberufen ist, nicht unterstützte. Durch diese Zurückhaltung zog sich Jech selbstverständlich den Vorwurf zu, er arbeite für — sozialdemokratische Ziele. Wie wir erfahren, denkt man in maßgebenden Kreisen der bayerischen Regierung gar nicht daran, den Grafen Jech abberufen zu lassen und ihm die Verantwortung für die Denkschrift „Dunkle Vorgänge in Bayern“ zuzuschreiben. So ist das Telegramm eines bürgerlichen Telegraphenbureaus lediglich als ein Versuchsballon aufzufassen, den durch seine Zurückhaltung angenehm auffallenden Diplomaten zu entfernen. — In Tirol wurden neuerdings nach Mitteilungen unseres Innsbrucker Parteiblattes große Waffenschiedungen aus Bayern festgestellt. Der Zentralspunkt des Waffenschmuggels ist ein bekannter Schlupfloch für Karossen und Kapseln. Einer dieser Waffentransportführer besaß sogar eine Transportbewilligung der Landesregierung.

Schnee.

Von Karl Heinz Kombe.

Eben haben sie einen eingescharrt, ganz hinten in der Ecke des Kleinstadtfriedhofs. Einen armen Wägenknecht, dem der Pflod zu steinig und zu eisig war, auf den ihn des Schicksals brutale Faust gestochen. Unter „Selbstmord eines Landstreichers“ stand eine kurze Notiz im Lokalblatt, und daran war noch eine Jeremiade geknüpft über die „Vandplage des Wagnardentums“ und die „Arbeitsleue gewisser Volkschichten“.

Arbeit! — Der, auf den jetzt die hartgefrorenen Erdschollen herabpoltern, hätte mit brennendem Verlangen danach gegriffen. Aber wer nimmt einen von Rot und Eisend Auswegemegeln, in dessen hohlen Augen noch das Fieber der letzten Krankheit glüht! Und bettel! — Einmal hatte ihm ein wohlhabender Willensbesitzer, vor dessen Tür er um Beschäftigung fragte, ein Stück Brot in die Hand gedrückt. Es war so schönes weißes, duftiges Brot. Aber als er die Zähne schon gierig hineinschlagen wollte, da hatte er in den mustern den Blick des Mannes geschaut. O, soviel Kälte und Berachtung und prophendes Selbstgefälligkeit lag darin. Und da war ihm der Efel in die Kehle gestiegen, und er hatte dem Götzen, der ihn mit staunend aufgelauptem Munde nachsah, den Bissen vor die Füße geworfen und war hungrig in den weißen Winteren gewandert. Kein, nicht betteln. Betteln, das zermürbt die letzte Kraft, zerfrisst den letzten Rest von Menschenwürde und Selbstachtung. Lieber hungern, lieber frieren.

Aber es wandert sich nicht gut durch den frischen Februar Schnee, mit gereiztem Geklump am Leibe und dem ewig freudlosen Hunger in den Därmen. Und die frostgeschwollenen Füße sind so müd, o, so müd.

Da hatte er der Edele freiwillig zurückgegeben, was sie doch morgen oder übermorgen gebierend von ihm gefordert hätte. Und nun häuft sich von den plattartigen Schollen ein Hügel über ihm. Der steht wie ein schwarzer Sorz auf dem leuchtenden Schnee.

Und wie die beiden Männer, die ihn einscharrten, frostgeschüttelt die Hände über den Rücken schlagen, beendet einen Steinwurf entfernt der Pfarrer an einem Kranz und blumenüberhäuftem Sarge seine Beichenpredigt. Von Warmherzigkeit und Wohlwollen spricht er, und von der Güte des Allgegen, der über die Gerechten schon in diesem Leben die Hülle seines Segens ausgießt. Schöne, wohlgelesene Worte. Und während die ganz in Blauschwarz gehüllte Witwe die Tränen ihrer Nahrung in ein Pflümenumrandetes Böttchlein meint, läßt sich eine im Hintergrunde des Trauergeföhles stehende Dame von ihrem Begleiter, der ein stiller Freund des Toten war, erzählen, wie es kam, daß den lieben Herrn F bei dem Selbstmord, das sich an die entzückende Schlittenpartie angeschlossen, so plötzlich der Schlag anfallen konnte. „Darum hat ihn der Herr tausendfach gesegnet, weil er Gerechtigkeits gelübt.“ Überhörten die „Albungsvoollen Worte des Pfarrers das bezogene Köhnen der Dome.

Warum host Du nicht Gerechtigkeits gelübt, Du armer Friedel, er im Kirchhofswinkel, auf daß Dich der Herr tausendfach segnete! —
Wie müde Bögel taumeln die weißen Flocken auf das einsame Grab. . . .

„Leipz. Volksztg.“ gegen Reichsgewerkschaft.

Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. d. M. veröffentlicht einen Artikel ihres Redakteurs Hermann Liebmann, in dem für die streikenden Eisenbahner Stellung genommen und die kritische Haltung der eigenen Zeitung zu dem Streit getadelt wird. Die Redaktion des Blattes verzieht den Aufsatz ihres Kollegen mit einer Nachschrift, in der es heißt:

Nach den jehigen Enthüllungen über den Ursprung des Streiks und die Absicht, die seine Urheber damit bezwachten, ist die Haltung unserer Blätter schon jetzt als richtig und als im Interesse der Arbeiterschaft liegend erwiesen. Die Kernfrage ist: Muß ein sozialistisches Blatt jeden Streit, auch wenn er gegen den Willen der Mehrheit der Berufsungehörigen unternommen und keine Form den allerstärksten wirtschaftlichen und politischen Schäden für die übelge Arbeiterschaft hat, bedingungslos und ohne jeden Vorbehalt unterstützen? Der Artikel bejaht diese Frage, er sieht in der kritischen Haltung unserer Blätter eine unrichtige Stellungnahme, „denn ist der Streik einmal ins Rollen gebracht, hat die Aktion mit solcher Wucht eingesetzt, wie bei den Eisenbahnern, dann sollte es für einen sozialistisch denkenden Arbeiter nur eins geben: das für einzutreten, daß der Kampf, der im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegt, zu einem siegreichen Ende geführt wird.“ Hätte der Artikelshreiber die Frage geprüft, nicht ob der Streik im Interesse der Arbeiterschaft liegt, sondern ob er in ihrem Interesse unternommen, planmäßig vorbereitet und nach möglichstem Erfolge auch mit Erlösa durchgeführt werden kann, dann hätte er sich keine Arbeit des Schreibens ersparen können. Gerade dieser für die Urheber des Streiks so schämliche Zusammenbruch ist ein Schulbeispiel dafür, wie Streiks nicht unternommen werden dürfen. Auch wenn sich nach Eintritt in den Streit die übrigen Eisenbahnerorganisationen einschleht hätten, wäre das Ziel nicht erreicht worden, weil die Voraussetzungen und die gemachten Hauptfehler nicht mehr gut zu machen waren. Entschleidet man den Vorgang des ganzen Drum-und-Dran, so ergibt sich folgendes: Einige Vorstandsmittelglieder der Reichsgewerkschaft d. E. haben gegen den Willen einer starken Minorität und ohne, wie es selbstverständlich ist, langgeübter gewerkschaftlicher Brauch ist, die Mitglieder zu fragen, den Streit erklärt. Ohne nur den anderen Eisenbahnerorganisationen Mitteilung von dem beabsichtigten Schritt zu machen und während noch Verhandlungen dieser Organisationen mit den Reichsstellen stattfanden, wird von einer einzelnen Gruppe, und zwar von den bisher nationalstaatlich anerkannten Lokomotivführern der Streit unternommen und so hunderttausende von Arbeitern gezwungen, mitzumachen. Die übrigen Eisenbahnerorganisationen, darunter auch die freiergewerkschaftliche, haben sich für neutral erklärt. Damit aber war der Streit, auch wenn er von den Mitgliedern der Reichsgewerkschaft beschlossen und planmäßig vorbereitet gewesen wäre, zum Scheitern verurteilt. Die reichsbürgerliche Presse hat den Streit mit einem kalten und einem heiteren Auge betrachtet. Mit einem kalten Auge, weil es ihre Leser und Stimmungswandern sind, die die Hand an die Gurgel des Staates legen, und mit einem heiteren Auge, weil der verhafteten Regierung Birch Schwierigkeiten gemacht werden, über die sie womöglich fürzt.

Es kommt aber noch hinzu, daß die Träger des Streiks, die Lokomotivführer, lediglich ihrer Sonderinteressen wegen in den Streit getreten sind, d. h. um in eine höhere Stufe der Gehaltsordnung eingereiht zu werden. Erst nachher sind sie, um die Sympathie der Arbeiterschaft und der Öffentlichkeit zu erwerben, mit dem allgemeinen Programm herausgetreten, das in der Abwehr des Arbeitszeitgesetzes, Schutz des Koalitionsrechtes und Verbesserung der Lage der unteren Beamten und Arbeiter besteht.

Nicht durch die falsche Einstellung der Arbeiterpresse zu diesem Streit war er von vornherein verloren, sondern weil er falsch unternommen, nicht planmäßig vorbereitet war. Ueber die berechtigten Forderungen der gesamten Eisenbahner bestehen keine Meinungsverschiedenheiten, ebenso nicht über die energische Zurückweisung des Vorgehens der Regierung und die völlige Beseitigung des Auftrags vom ADGB und der Ufa.

Was die letzten Bemerkungen anbelangt, so sind wohl damit interne Meinungsverschiedenheiten zwischen den Redakteuren der „Leipziger Volkszeitung“ gemeint. Im übrigen können wir dem oben entwickelten Standpunkt nur beipflichten und nehmen an, daß die besondere Nähe des unabhängigen schiffischen Ministers Dipinski mit der vernünftigen Haltung des Leipziger Organs der UEB in einem Zusammenhang steht.

Der Abgeordnete Dittmann hat offenbar vor seiner gestrigen Rede im Reichstag diese Ausführungen nicht gekannt. Er hat nun, dank dem Vorgehen des Vizepräsidenten Dietrich-Brenzlau, noch Gelegenheit, diese Argumente für den zweiten Teil seiner Rede zu beherzigen. . . .

Ausschlußverfahren gegen Dertter.

Die Reichstagsabgeordneten Ledebour und Dittmann haben telegraphisch die Aufforderung an die unabhängige Parteileitung nach Braunschweig gelangen lassen, das Ausschlußverfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten Sepp Dertter einzuleiten und ihn zur Niederlegung seines Mandats zu veranlassen. Man darf annehmen, daß die Veröffentlichung des Provisionsabriefes Sepp Dertters an einen Unternehmer durch den Sozialdemokratischen Parlamentsdienst endlich die Unabhängigen davon überzeugt hat, daß Sepp Dertter für immer verschwinden muß.

Der preussische Finanzetat.

Bei der am Freitag im Hauptauschuß des Preussischen Landtages begonnenen Beratung des Haushaltes des Finanzministeriums verlangte Abg. Dr. Baentia (Soz.) für die leitenden Beamten der Finanzverwaltung eine bessere finanzwissenschaftliche Vorbildung. Finanzminister Dr. v. Richter kündigte Erklärungen über das Landessteuergesetz bei der Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung an. Er geht sodann auf die Finanzlage Preußens näher ein und erklärt, daß das im Reich geschlossene Steuerkompromiß die Einnahmen Preußens um etwa 500 Millionen Mark herabmindern werde. Um so größere Beachtung sei dem Entwurf über die Grundsteuer zu schenken. Zu den Kosten der Schulpflicht trage gegenwärtig das Reich vier Fünftel bei; weitere Verhandlungen schweben.

In der weiteren Aussprache bezeichnet Abg. Hellmann (Soz.) des Steuerkompromiß nur als erste Abschlagszahlung auf die grundsätzlichen sozialdemokratischen Forderungen. Für gewisse Staatsämter sei wissenhaftliche Vorbildung unentbehrlich, für andere politische Eignung nötig. Zur Hebung des Steuerzustandes sei die Aufhebung der Geheimhaltung der Steuererklärungen erforderlich. Nach weiterer Aussprache, in der u. a. Förderung des Denunziantentums bei Aufhebung der Geheimhaltung der Steuererklärungen befürchtet wird, schließt die allgemeine Aussprache.

Religiöse Eisenbahnfahrten.

Am Reichstagsauschuß für Bildungswesen lagen am Freitag zur Frage der Fahrpreismäßigungen für Schulbesucher Anträge des Zentrums und der Deutschnationalen vor, mit der Forderung, auch für die Teilnahme an Religionsunterricht Fahrpreismäßigungen zu gewähren. Abg. Dr. Böhmstein (U.S.P.) wandte sich prinzipiell gegen diese Anträge und verlangte bei ihrer Annahme die gleichen Erleichterungen auch für die Besucher von Jugendwohneunterricht und Weltanschauungsunterricht. Abg. Frau Bühl (Soz.) unterstützte den unabhängigen Antrag. — Abg. Kopsch (Dem.) erhob im Interesse der Rentabilität der Eisenbahnen Bedenken gegen die allzu vielen Befreiungen und Ermäßigungen. — Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums hat keine Bedenken, die in den Tarifen vorgesehenen Erleichterungen für Jahres-, Monats- und Wochenkarten auf den in Artikel 127 der Reichsverfassung erwähnten, von Körperschaften öffentlichen Rechts erteilten Unterricht anzuwenden, fordert aber gewisse Sicherungen dafür, daß nicht die Bestimmungen ins Uferlose ausgedehnt werden. Es kam zu einer lebhaften Auseinandersetzung über den Wert des Weltanschauungsunterrichts, der Jugendwohnen und die Bedeutung des Religionsunterrichts. Dabei betonten die Abgeordneten Dr. Böhmstein (U.S.P.) und Bohm-Schuch (S.P.D.), daß der Weltanschauungs- und Jugendwohnenunterricht als Erziehungsfach gleichwertig mit dem Religionsunterricht verfassungsrechtlich zu betrachten sei. — Abg. Dr. Bauscher (Ztr.) steht in dem Jugendwohnenunterricht nur eine sozialdemokratische Propagandaeinrichtung. — Von sozialistischer Seite wurde erwidert, daß die Arbeiterjugendbewegung völlig unpolitisch sei. Die freireligiösen Gemeinden dürften nicht hinter den Religionsgemeinschaften zurückgefallen werden, nur deshalb, weil sie nicht Körperschaften öffentlichen Rechts seien. — Nach weiterer Debatte wurde der unabhängige Antrag abgelehnt, dagegen der durch einen Zusatz des Abg. Kopsch (Dem.) ergänzte deutschnationale Antrag angenommen.

Theater am Zoo: „Schattensymphonie“. Ein rumänischer Dichter, Alexander Dominic, wurde uns im Neuen Theater am Zoo mit einem dreiaktigen Schauspiel „Schattensymphonie“ vorgestellt. Max Hochdorf zeichnete für die deutsche Bühnenbearbeitung. Wer geglaubt hatte, Rumänisches — Volkstum, Rosseneigenheit, Balkonmilieu — zu erleben, wurde bitter enttäuscht. Dieser Dominic ist Europäer. Der weitest greifte Teil seines Dramas ist in Paris gewachsen: technischer und, leider auch geistiger Import. Leider, weil er das, was an Dichtertum in diesem Rumänen steckt, mit dem Schmutz und Müll abgekloppter Prosaen von Kunst und Künstlerstern überhäuft. Künstlerdramen sind meistens unerträglich. Der ewige Konflikt „Weib oder Welt“ liegt auch hier zugrunde. Ein erbildeter Musiker wird von seiner Frau betrogen. Er lebt in seinem Werk (das kein Geld einbringt); sie liebt einen Bordenmann (der ihr leidene Kleider kauft). Er wird die Unsterblichkeit haben; sie will den Augenblick haben. Er schöpft sein Werk aus seiner Liebe zu ihr; sie möchte realiter glückselig gemacht werden. Eine Tochter stürzt durch den Konflikt der Eltern in den Tod. Der Blinde wirft die Frau hinaus; sie geht mit einem verachtungsvoollen „Krüppel“. Er verbrennt das Werk, die „Schattensymphonie“: er vermag nicht an die Kraft seines eigenen Wertes zu glauben, vermag nicht die Lüge, aus der sein Werk entsprang, als fruchtbar zu bejahen, vermag nicht die Beziehung von Ursache und Wirkung in das Verhältnis von Mittel und Zweck zu denken; er anerkennt, daß das Weib stärker ist als das Werk. Dies ist nicht ohne Theateroutine hingeseht. Und aus den Hunderten von Titaten aus allen europäischen Literaturen blühen immer einmal ein paar Zergismen auf, deren Schmerzlichkeit aufhorchen und die Allshees vergessen läßt.

Des Dichters Liebe gehörte diesem Komponisten Iwan Mour: er wurde eine Gestalt. Ganz skizzenhaft hingegen ist die Frau geblieben: ein papiernes Linding. Einleuchtend auch die Nebenfiguren, vor allem die Tochter. Die Regie Heinz Goldberg schwankte, wie dieses Theaterstück, zwischen Schwinnungs- und Prüfungsverlügen und Konversationsstud. Conrad Weidtschuf den Komponisten einprägnant. Unzulänglich und hilflos — die Darstellerin der Frau: an ihrer Unfähigkeit schreiteren die Hauptfiguren. Paul Wederow und Hans C. Müller als Freunde des Musikers nicht ohne Atmosphäre. Ebenso Rita Parzen als Tochter, die bezaubert verfiel, wenn sie auch technisch noch hier und da versagt. Der Beifall war stark. Der Dichter konnte sich bereits nach dem zweiten Akte zeigen. D. E. H.

Der russische Hamlet. Das Moskauer Künstlerische Theater ist nach auswärts Gastspielen nach Berlin zurückgekommen und jetzt im „Künstler-Theater“ eingefeiert. „Hamlet“ galt die Eröffnungsvorstellung. Man konnte gespannt sein, wie die Russen, die für das russische und das diesem verwandte moderne Drama einen wundervoll abgestimmten Stil geschaffen haben, sich hier bewähren würden. In der herrlichen Aufführung, in den Bühnenbildern bewiesen sie den gleichen künstlerischen Geschmak. Mit einem einfachen Apparat von Vorhängen, die farbige Licht belebte, mit ein paar schönen Decken erzeugten sie stimmungsvoollen Illusion. Besonders glücklich waren sie im Kostümischen; prunkende Goldgewänder, die Tracht und besotte Haltung der Hofleute janz

berten ein eigentümliches Milieu von Ultrarussland hervor. Die Schönheit russischen Chorgesangs wurde in den Grabgeängen wehgeschiedener Mädchen entfaltet. Das alles war zweifellos sehr russisch. Obenquod russisch waren einige Nebenfiguren: die Hofleute in Byzanz, vor allem der kriedende Pelenus (Pawlow), ein richtiger Väterchen von König; ganz stark war die ausgestaltete Totengraberwesen. Aber die Hauptsache fehlte: der Hamlet, Herr Katschalow gab ihn (obwohl zu alt) schlant, blond, mit Fehlbild im Böheln — aber im übrigen ganz Routine, ganz alte Schule: im Sprecher, aber kein Gestalter und Seelenkunder. Und doch müßte es besonders interessant sein, einen russischen Hamlet auf der Bühne zu sehen. Ist Ruhland nicht — Hamlet? —

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler“ in der Bearbeitung von Reinhard Bernauer erwiesen sich in der Vorführung des Theaters in der Königgräzer Straße als ein aus dem Geist neuer Bühnentechnik, und nur aus diesem heraus entwickeltes Theaterstück, dessen drei Teile mit teils entzückten, teils eigenen und sehr produktiven Mit-einphasen in eine Welt von gestern schauen. Ihre Seelenretzung kommt von der Musik, die Mozart, Hoffmann, Reznicek geschrieben haben, und von einer eigenartigen Bildkraft, die, rasch wechselnd, bald hier, bald da im Bühnenraum aufkamm. Die träumerische Gespenstlichkeit, der Spul, die vom leidenden Helden ausgehende Kraft des visionären Wirkens gingen im platten Wort verloren, auch wenn es ein Sprecher wie Katschalow melleierte. Ueber alles, was bebenlich scheint, über manches, was Anteilnahme weckt, noch ein Wort. R. E.

Ludwig Barnoy feiert heute seinen 80. Geburtstag. Seine Berliner Theatervorkämpfer werden sich des hochbegabten Augen und interessanten Künstlers erinnern. Er auch als Direktor des Berliner Theaters (1882—1894) in unermüdlichem Bühnenleben eine Rolle gespielt hat. Ueber seine darstellerische Kunst, die hart zum Betrachter neigte, und über die Art seiner Bühnenleitung, die durch den Streit mit Josef Kainz nicht sehr rühmlich gekennzeichnet wurde, so man ablehnend urteilen. Unvergänglich aber bleiben die Verdienste, die sich Barnoy um die soziale und wirtschaftliche Erhaltung des deutschen Schauspieltheaters erworben hat. Er war es, der die erste Anregung zur Gründung der „Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger“ gab die 1871 ins Leben trat und sich im Laufe der Jahre zu einer blühenden und mächtigen Organisation entwickelt hat.

Fabriken als Heilstätten. Fabriken gelten im allgemeinen nicht als Orte, die für die Gesundheit besonders zuträglich sind, und der Gedanke, daß Fabriken als „Heilstätten“ dienen könnten, wird vielen problematisch erscheinen. Trotzdem besteht in England die Einrichtung, daß kranke Arbeiter ihre Arbeitsstätte wechseln und mit Hilfe des Gesundheitsamtes in Fabriken untergebracht werden, deren Bedingungen heilsam auf ihre Leiden einwirken. So werden z. B. Lungentränke in Werbereien beschäftigt, weil die Gerbstoffe gesundheitsfördernd in solchen Fällen wirken. In einem Aufsatz eines Londoner Blattes werden noch andere solche Fabriken angeführt, in denen gewisse Krankheiten geheilt werden können. Bei einer Seegalinfabrik in Birmingham melden sich sehr viele Mädchen, die an Distomat in Ansongsfabriken leiden. Manche sind bereit, ganz ohne Bezahlung zu arbeiten, nur um die besonders gesunde Luft in dieser Fabrik einatmen zu dürfen. Man nimmt an, daß der Geruch des

Stinnes' Englandreise.

Neue Anklagen der „Frankfurter Zeitung“.

Das Auffallende an dem Brief, mit dem Herr Stinnes die vom Londoner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ erhobenen Anschuldigungen beantwortet zu haben glaubte, war das Fehlen eines jeglichen positiven Denials. Herr Stinnes vertrat sich hinter die „Vertraulichkeit“ seiner Londoner Besprechungen, ging aber um den Kern der Sache sorgfältig herum. Indessen läßt die „Frankfurter Zeitung“ nicht locker und richtet in einem am Mittwoch erscheinenden zweiten Artikel ganz präzise Fragen an Herrn Stinnes, um deren Beantwortung er nicht herumkommen wird, wenn er sich nicht dem Vorwurf auslegen will, er habe in London etwas verrät empfinden werden müßte. In diesem Artikel des Frankfurter Blattes heißt es u. a.:

Herr Stinnes bestritt die Informationsmöglichkeiten unseres Londoner Korrespondenten, weil die in Betracht kommenden Londoner Persönlichkeiten ebenso verschwiegen seien wie er selbst. Also sei die Darstellung made in Germany, Produkt eines systematischen Fehlganges usw. Wir könnten Herrn Stinnes hierauf mit Bezeichnungen aus dem Schimpfwörterlexikon seines Blattes antworten. Das ist nicht unser Ziel. Wir stellen deshalb in aller Ruhe fest, daß es einfach lächerlich ist, anzunehmen, daß man nur von Lloyd George oder von Lord Birtlenhead persönlich etwas über die Londoner Vorschläge des Herrn Stinnes erfahren könnte. Von diesen Dingen weiß genau, wie es in der Tat der Fall war, eine ganze Anzahl von Männern in der City wie in Whitehall (Das Bank- und Handelsviertel und die Stroße mit den Ministerialgebäuden. Red. d. B.) Bescheid. Und unser Londoner Korrespondent hat hier bereits am Samstag auf den ersten Demütigungseruch des Herrn Stinnes erneut bekräftigt, daß es völlig undenkbar ist, daß seine englischen Gewährsmänner sich bei der Darstellung, die sie ihm gaben, geirrt oder ihn gar wissenschaftlich falsch unterrichtet hätten. Es handele sich dabei um Engländer in hervorragender Stellung und mit unmittelbarer Sachkenntnis. Ueber den Vorschlag des Herrn Stinnes zur Lösung der Januarfrage lagen ihm überdies sichtbare Beweise vor. Also, mit der allerdings bequemen Methode, daß man einfach alles abstreift und den Zeugen zu discreditiert versucht, ist nichts zu erreichen; um so weniger, als aus dem Verlaufe der Dinge, wie er in deutschen politischen Kreisen bekannt ist, sich absolut einwandfrei und zwingend ergibt, daß die Darstellung unseres Londoner Korrespondenten im großen und ganzen richtig gewesen sein muß. Einzelheiten mögen unvollständig, mögen mißverstanden sein — denn soll man es sagen. Aber man muß es konkret sagen und mit Tatsachen belegen.

Wir fragen also Herrn Stinnes:

Hat er in London seinen Plan der Privatisierung der deutschen Eisenbahnen vertreten oder nicht?

Hat er in London für diese Eisenbahnprivatisierung durch die Behauptung Stimmung gemacht, daß auf diesem Wege das Eisenbahndefizit am schnellsten beseitigt werden könnte, oder hat er das nicht getan?

Hat er ferner in London für die Privatisierung der deutschen Eisenbahn dadurch zu wirken versucht, daß er dieses Projekt mit seinem anderen Plan für die Reorganisation der ost- und südeuropäischen Eisenbahnverträge verquidete, und welcher Art war diese Verquickung?

Hat er endlich seinen Plan gegen die Reichseisenbahn in Verbindung mit dem Reparationsproblem gebracht, indem er auf der Basis der Eisenbahnprivatisierung Vorschläge für die Lösung der Januarfrage machte, und worin bestanden diese Vorschläge?

Im ganzen: Ist es richtig oder falsch, daß Herr Stinnes seinen in Deutschland von der großen Mehrheit der öffentlichen Meinung und zweifellos auch der politischen Parteien bereits ausdrücklich auf Auslieferung der Reichseisenbahn an die Privatunternehmung und das Privatkapital dadurch vorwärts zu treiben versucht hat, daß er in London, im Ausland, im Siegerland, Neigung für diesen Plan zu wecken versuchte?

Und hält er dies für eine zulässige Betätigung eines deutschen Reichstagsabgeordneten? Wir haben diese Fragen in den letzten Tagen immer wieder gestellt. Aber auch jetzt noch Herr Stinnes noch immer nicht, was eigentlich an unseren bisherigen Veröffentlichungen falsch gewesen sein soll. Diese Haltung ist alles andere als impofant, sie ist dumm und sie ist klein.

Harzes, das verarbeitet wird, so wahllos wirkt. Arbeiter in Firmfabriken oder in solchen Werkstätten, in denen Terpentin benutzt wird, erkranken niemals an Rheumatismus, und Leute, die bei der Herstellung von Druckerzweigen beschäftigt sind, leiden sehr selten an Tuberkulose. — Sehr schön! Nur vermögen wir nicht einzusehen, weshalb man diese hygienischen Wohlfeiten nur dem Proletariat angeheben läßt. Lungentranke Kommerzianten & B. brauchen ihre Winter nicht mehr in Meran zuzubringen, sondern könnten sich in Verbereten nützlich machen, blutarme höhere Löhner sollten sich die Kur in Schlangenbad ersparen und dafür in Siegeladfabriken beschäftigt werden, und rheumatischen Bandfabriken müßte ihr Art statt Wiesbaden einige Wochen Firmfabrik verordnen, damit sie der Segnungen des Terpentins — und der produktiven Arbeit — teilhaftig werden. Bevor wir von solchen praktischen Anwendungen der neuesten medizinischen Erfindungen Kunde erhalten haben, wird man uns schon gestatten müssen, ein wenig skeptisch zu sein.

Das neue französische Kunstgewerbe. Nach dem Inkrafttreten des soeben bekanntgewordenen neuen Gesetzentwurfs verlangt der französische Staat die Anmeldung aller Kunstgegenstände, die einen historischen oder nationalen Wert darstellen und behält sich bei geplanten Veräußerungen nach dem Ausland das Ankaufsrecht für diese Werte vor. An Stelle der bisherigen Verkaufsbesteuerung von 15, 20 und 25 Proz. tritt eine 11proz. Steuerabgabe vom Verkaufspreis. Doch sind alle Arbeiten Lebender und innerhalb 20 Jahre verstorbenen Künstler von dieser Steuer befreit. — Eine sehr weise Maßnahme, die sich die deutschen Gesetzgeber zum Muster nehmen sollten.

Die unteren nördlichen Abnehmer. Auch die „Unberühnten“ der Tarifier Akademie sind angefaßt der Lebensmitteleuerung in eine Lohnbewegung getreten. Sie ernten wohl reichlich Ruhm, dafür aber um so weniger Geld; denn ihre Entlohnung beträgt im Jahr nur 1600 Franc, von denen noch obenhin 500 Franc für den Fonds der Anwesenheitskosten in Abzug gebracht werden. In die Höhe wurde die Honorierung im Jahr 1795 festgesetzt; sie hat seitdem keine Änderung erfahren. In jenem Krisenjahr, des freilich mit der Teuerung un'er Zeit nicht verglichen werden kann, erlöhnen ein republikanisches Dekret, das bestimmte, daß jedes Mitglied der Akademie den Wert von 750 Francogramm — 7500 Kilogramm — Getreide erhalten sollte. Die letztere Wertfeststellung erklärt sich aus der Tatsache, daß in jenen Zeiten der Teuerung und Revolution das Getreide an Stelle des Goldes als Wertmesser erklärt worden war. Die Unberühnten wünschen nun, daß ihrer Bezahlung wenigstens die doppelte Menge Getreide zugrunde gelegt werde.

Währungsführungen durch Direktorialbeamte. In den Sonntags- und in den Kaiser-Friedrich-Wägen (sollten die Wägen der Resonance), im neuen Wägen (sollten die Wägen) und im Wägen der Salzfässer (sollten die Wägen) hat. Infolgedessen (sollten die Wägen) am Eingang der Wägen.

Das Prager Landeshauptamt wieder deutsch. Die Nachricht, daß das alte Prager Landeshauptamt, welches im November 1920 durch eine tschechische Benennungsänderung tschechisch wurde und in dem letzten tschechischen Verordnungen gegeben werden, den Deutschen zurückgeben werden soll, wird nunmehr offiziell bestätigt. Als zur endgültigen Regelung werden noch tschechische Ausschüsse konstituiert, doch dürfte dies nur eine kurze Zeit dauern.

Mit Recht meint sodann die „Frk. Ztg.“, daß die „Vertraulichkeit“ der „Privatgespräche“, auf die sich Herr Stinnes beruft, um sein Schweigen zu begründen, ihn doch nur für die Antworten binden kann, die er von seinen englischen Partnern erhielt, sowie für die geschäftlichen Einzelheiten seiner Projekte, aber „nicht für die grundsätzliche Linie der Vorschläge, die er selbst ihnen unterbreitet hat“:

Denn dafür ist ihm zu sagen, daß es kein Privatgespräch ist, wenn er, der Industrieführer und Reichstagsabgeordnete, in London über die Zukunft der deutschen Eisenbahn verhandelt, die eben veräußert noch nicht Privatbesitz des Herrn Stinnes, sondern Eigentum des Reiches ist und die das Reich ihm auch jetzt nicht für ein Insegericht zu verkaufen gedenkt. Herr Stinnes hat in London über Deutschland verhandelt. Und weil er tatsächlich eine gewaltige Macht in Deutschland hat, deshalb hat Deutschland das Recht und die Pflicht, sich darum zu kümmern, was er da verhandelt.

Schließlich wendet sich das demokratische Blatt gegen die Art, wie Herr Stinnes am Schluß seines Briefes wieder einmal die gegenwärtige Regierung zu discreditiert versucht, indem er die große Koalition als die Voraussetzung einer „disziplinären Unterordnung Deutschlands“ hinstellt. Auch wir halten es für garabazu unverantwortlich, wenn ein Mann von der wirtschaftlichen Macht eines Stinnes die Unterschrift der Regierung Birth im voraus als international wertlos hinstellt.

Wenn die Regierung, die nach Genua fahren würde, eine rein bürgerliche wäre, die Verpflichtungen ohne die Zustimmung der Arbeiterschaft oder gar gegen deren Willen eingehen würde, so wäre eine derartige Bezeichnung schon eher am Platze. Welchen Lärm aber würde die „nationale“ Presse erheben, wenn die Arbeiterpresse auch nur andeutungsweise auf diesen Mangel hinweisen würde? „Landesverrat“ wäre da wohl nicht der stärkste Ausdruck, der uns entgegenkäme würde. Weil aber die Schwerindustrie und gewisse Kreise der Hochfinanz gegenwärtig nicht in der Regierung sitzen, da rufen Herr Stinnes und die Seinen schon jetzt der Entente zu: Traut der Unterschrift des Kabinetts Birth nicht, ohne uns kann es doch nichts erfüllen!

Aber dies ist nur ein Detail, dessen Bedeutung neben den ganz prägnanten Fragen der „Frankfurter Zeitung“ an Stinnes verschwindet. Die Ausführungen des „Mittlerkönigs“ gegen die jetzige Regierung und speziell gegen Dr. Rathenau am Schluß seiner sogenannten „Antwort“ tragen allein deutlich die Merkmale eines recht plumpen Ablenkungsmanövers. Dksmal aber gibt es kein Ausweichen mehr!

Internationale Gewerkschaftskonferenz in Genua.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten am 3. und 4. d. M. in Amsterdam abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß bezüglich der Konferenz von Genua gefaßt:

„In Anbetracht dessen, daß die internationale organisierte Arbeiterklasse die Pflicht hat, ihrer Stimme zur Zeit der Konferenz in Genua Gehör zu verschaffen, wird eine besondere Konferenz durch den Internationalen Gewerkschaftsbund nach dem gleichen Orte und zur gleichen Zeit, wo die offizielle Konferenz stattfinden wird, einberufen werden.“

An dieser Konferenz werden teilnehmen: Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes — d. h. außer dem Bureau je ein Delegierter für jede der 10 Gruppen, aus denen die der Gewerkschaftsinternationale angehörenden Zentralen zusammengesetzt sind —, je ein Delegierter für den Gewerkschaftsbund eines jeden Landes, ferner die Sekretäre der wichtigsten internationalen Fachverbände.“

Des weiteren wurde in der gleichen Sitzung des Gewerkschaftsbureaus die Tagesordnung des allgemeinen Internationalen Gewerkschaftskongresses, der im April in Rom stattfinden wird, wie folgt festgesetzt:

1. Achtstundentag und wirtschaftliche Reaktion.
2. Europas ökonomischer Wiederaufbau.
3. Europas Antimilitarismus und Arbeiterklasse.

Ferner befaßte sich das Bureau mit den bereits erzielten Ergebnissen der Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes für das hungernde russische Volk. Schon jetzt ist Hilfe für 3000 Kinder durch die Sonderdelegation des Bundes gesichert. Die Gewerkschaftsinternationale wird auf diesem Wege fortfahren und richtet einen neuen und dringenden Appell an die in ihrem Verbandsorganisierten Proletariatsmassen.

Weitere Solidaritätsaktionen werden zugunsten der lettischen und ungarischen Gewerkschaftsorganisationen unternommen werden.

Unterhausdebatte über Genua.

London, 10. Februar. (M.B.) Im Unterhause stellte Lloyd George an den Interpellanten Collins die Gegenfrage, ob Collins den Standpunkt vertritt, der wirkliche Grund der Arbeitslosigkeit sei die Eintreibung der Reparationen, ob man Deutschland sagen solle, daß die Forderung, die Reparationen für die Verwüstungen in Frankreich und Belgien und für die England zugefügten Schäden zu bezahlen, gestrichen werden solle. Man habe nicht das Recht, im Lande umherzugehen und zu erklären, die Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten seien ausschließlich auf die deutschen Reparationen zurückzuführen, wenn man nicht auch bereit sei, zu sagen: wenn wir an die Regierung kommen werden, werden wir diese Reparationen streichen. Einerseits hätten einige Oppositionsmitglieder sich zu einer Politik der Verminderung der Reparationen verpflichtet, andererseits werde von dem vor kurzem in der politischen Area wieder aufgetauchten Lord Gren erklärt, man sei Frankreich gegenüber unfreundlich, man drücke Frankreich zu hart. Der einzige Druck, der auf Frankreich ausgeübt werde, sei gewesen, daß man

die Schwierigkeiten der Lage in Deutschland in Betracht gezogen habe. Welches ist nun die Politik, der die unabhängigen Liberalen folgen wollen? Man kann nicht zu Frankreich sagen: Eure reichsten Provinzen sind verwüstet, hunderttausende Eurer Häuser und Fabriken sind zerstört und riesige Kosten sind Euch auferlegt worden, aber Ihr dürft nicht von

Deutschland, das an diesen Verwüstungen schuld ist, verlangen, daß es nur einen Pfennig zahlt. Collins befißt nicht die geringste Kenntnis des Problems. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit seien vollkommen anderer Art, und es werde lange dauern, bis die Welt sie überwunden habe. Sie seien Erschöpfung der Kapitalquellen und Verarmung der ganzen Welt.

Ein Antrag der Arbeiterpartei wurde mit 370 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Auf eine Anfrage erklärte Lloyd George, die einzige Hoffnung für Rußland liege in der Aussicht, sich in eine Gemeinschaft mit den übrigen Teilen Europas zu bringen. Dies könne nur geschehen unter den Bedingungen, unter denen andere Länder die notwendigen Kredite in ausreichendem Umfang geben könnten. Diese Bedingungen seien in Cannes festgelegt worden. Er hoffe, daß die Konferenz von Genua diese Bedingungen auf eine kurze und praktische Grundlage stellen werde. Die Tatsache, daß Rußland die Einladung zur Konferenz angenommen habe, nachdem diese Bedingungen kategorisch der russischen Regierung vorgelegt worden seien, schließe die Bereitschaft der russischen Regierung in sich, sich an diese Bedingungen zu halten. Wenn diese Frage geregelt sei, könne die zivilisierte Welt wirksame Hilfe leisten.

Wiederbeginn des Flugzeugbaues.

Am 5. Mai.

Das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 forderte u. a. von Deutschland, daß die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrzeugmaterial erst drei Monate nach dem Tage wiederaufgenommen werden dürfe, von dem die Interalliierte Luftfahrt-Kontrollkommission anerkannt haben würde, daß Artikel 202 von Versailles, der Deutschland die Auslieferung alles militärischen Luftgerätes zur Pflicht macht, vollständig ausgeführt sei. Nach Annahme des Ultimatus ist zur Erfüllung dieser Forderung das Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues vom 29. Juni 1921 ergangen, durch das die gesamte deutsche zivile Luftfahrtindustrie, die eben wieder angefangen hatte, die Flügel zu rühren, brachgelegt wurde. Die deutschen Behörden in enger Zusammenarbeit mit den am Luftfahrzeugbau und am Luftverkehr interessierten Kreisen haben sich seitdem mit allen Kräften bemüht, der Verpflichtung aus Artikel 202 zu genügen. Nach neunmonatiger Arbeit ist dies jetzt gelungen. Die Reichsfliegerkonferenz hat am 1. Februar beschlossen, den Beginn der Parteilose von drei Monaten vom 5. Februar ab in Lauf zu setzen, so daß am 5. Mai die Fabrikation und die Einfuhr von Luftfahrzeugmaterial wieder aufgenommen werden können. Nach Ablauf dieser drei Monate wird auch die unter der Leitung des Generals Rostkorn stehende Kommission als erste der drei militärischen Kontrollkommissionen ihre Tätigkeit in Deutschland einstellen.

Eine völlige Befreiung des Luftfahrzeugbaues bedeutet allerdings auch dieser Befreiung der Reichsfliegerkonferenz nicht. Es bleibt die Verpflichtung übrig, diejenigen Begriffsbestimmungen anzuverfeinern, die von den alliierten Mächten aufgestellt worden, um die zivile Luftfahrt von der durch Artikel 108 verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Von diesen noch nicht mitgeteilten Begriffsbestimmungen, deren Einhaltung durch ein besonderes, noch zu schaffendes Organ zu überwachen sich die Entente vorbehalten hat, wird es abhängen, ob die deutsche Luftfahrtindustrie die so lange gehemmte Kraft wirklich neu entfalten kann.

Petersdorf.

Staatssekretär a. D. Dr. Peters führt jetzt in Breslau die Unterredung, ob deutsch-schlesischer Antrieh zu dem Eintrich von Petersdorf (D.-S.) geführt hat.

Der Kreisinspektor von Bielefeld teilte amlich mit, daß bei dem Zusammenstoß 20 französische Jäger verwundet wurden, von denen zwei gestorben sind. Von den angreifenden deutschen Zivilisten wurden 32 tot vorgefunden.

Die Genfer Verhandlungen über die Trennung Oberschlesiens beginnen am 13. d. M.

Abbau des Reichsschatzministeriums.

Bei der am Freitag fortgesetzten Beratung des Staats des Reichsschatzministeriums im Hauptauschuß des Reichstages forderte Abg. Dr. Gothein (Dem.) die Zusammenlegung verschiedener Abteilungen zwecks Personalersparnis. Die Abg. Stäcker (Soz.), Koch (Soz.) usw. schlossen sich dem an. Abg. Pleitner (Komm.) verlangt Entschädigung für die große Zahl der im Reichsschatzministerium getätigten Angestellten. — Demgegenüber betonte Reichsschatzminister Bauer, daß nur das eiserne Ruh des Abbaues an den Abhängigkeiten geknüpft habe. — Die Anträge der beiden Reichsparteien auf Auflösung des Reichsschatzministeriums wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag auf Vorlesung einer Denkschrift über die Frage des Abbaues des Reichsschatzministeriums und der Vereinfachung der Reichsverwaltung überhaupt.

Auslandsrundschau.

Neue Wiener Preise: Ein Kilogramm Wehl 600 Kronen und ein Loib Brot 500 Kronen. Goldparität: 1450 Kronen. Die ungarische Regierung leitet die Obstruktion gegen die Wahloreform ein. Die Opposition ist zum schärfsten Kampf gegen diesen Staatsstreik entschlossen.

Die ehemaligen Bubapster Bolschewikoffen stehen im Gefängnis im Hungerstreik, um die Wiederaufnahme des Gefangenenaustausches mit Sowjetrußland durchzusetzen.

Seim Verlassen des Triester Rathauses wurde ein kommunistischer Gemeinderat von Faschisten durch Revolvergeschüsse schwer verletzt.

Da die italienische Regierungsbildung an dem Widerstand der Demokraten gegen die Forderungen der Katholiken gescheitert ist und auch Herr Orlando, der Verfallener Minister, nichts zustande brachte, hat der König die Demission des Kabinetts Bonomi abgelehnt, und es wird wieder eine Mehrheit zu finden versuchen. — Die italienische Regierung verlangt angeblich für den Rückkauf des in Italien beschlagnahmten deutschen Eigentums eine Milliarde Mark, will aber gegen gewisse Garantien ratenweise Bezahlung gestatten. Die deutsche Regierung soll nicht abgeneigt sein, diesen Vorschlag anzunehmen. — Infolge von Lohnstreikigkeiten der Hafenarbeiter ist für Stadt und Provinz Neapel ein Generallockout verhängt. Der Verband der Steuerbeamten in ganz Italien streikt, weil die gemischten Zulagen nicht bewilligt wurden.

Der tschechische Zustand im russischen Grenzgebiet gegen Finnland ist niederschlagend.

Der schwedische Reichstag bewilligte 20 Millionen Kronen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Richtig lebt! Kürzlich ist ein General der Infanterie Freiherr von Watter in Baden-Baden gestorben, von dem die „Vossische Zeitung“ und nach ihr auch verschiedene Arbeiterblätter im Rheinland erklärten, es sei derjenige General, der nach dem Rapp-Duisch als Reichswehrbrigadeführer in Münster eine Rolle gespielt habe. Wie wir inzwischen erfahren haben, handelt es sich um einen anderen General gleichen Namens. Der Generalleutnant a. D. v. Watter, der im Ruhrgebiet „geirrt“ und der vor Monaten gegen den „Vorwärts“ einen Beleidigungsprozess angezettelt hat, weil wir seine Rolle während des Rapp-Duisches usw. gebührend gekennzeichnet hatten, erfreut sich nach wie vor der besten Gesundheit. Das möchten wir mit um so größerer Genugtuung feststellen, als der Frage, dem die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes mit besonderer Spannung entgegensteht, aber Voraussetzung noch demüthigt zur Verhandlung gelangen dürfte.

Streikabrechnung.

Die Stadtverordnetenversammlung über den Schiedsspruch.

In der zu gestern mittag einberufenen außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung, deren Dauer einen achtstündigen Arbeitstag weit überschritt, wurde nur über den Gemeindefabrikantenstreik verhandelt. Eine dringliche Magistratsvorlage beantragte die Zustimmung zu dem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums, der den alten Manteltarif mit den von beiden Parteien übereinstimmend für zweckmäßig gehaltenen Änderungen bis 30. Juni verlängert. Oberbürgermeister Böß, der Nähe hatte, gegenüber den lärmenden und schimpfenden Kommunisten sich Gehör zu verschaffen, erklärte die bei den ersten Wiedereinstellungen vorgekommenen Mißverständnisse auf und betonte den Wunsch des Magistrats, mit den Arbeitern der Gemeinde zum Frieden zu kommen. Die Debatte wurde zu einer Abrechnung mit den Kommunisten, die an diesem wilden Streik nicht so unschuldig sind, wie sie gestern taten. Die Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Probst und im letzten Teil der Debatte noch Genosse Haß, kennzeichneten den Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, mit dem die Drahtzieher die so verhängnisvolle Aktion zustande gebracht haben. Die Spitzengorganisationen hatten, als sie eingriffen, das nötige Verantwortlichkeitsgefühl — darum werden sie jetzt von den Kommunisten beschimpft. Unsere Redner hoben hervor, daß die Mißstimmung der seit Monaten auf die Tarifregelung wartenden Gemeindefabrikanten zu verstehen war, und forderten aufs bestimmteste vom Magistrat solches Verfahren bei den Wiedereinstellungen. Die reichlich neunstündige Sitzung endete mit Annahme des Schiedsspruches und einiger bedingenden Zuläge.

Sitzungsbericht.

Die ursprünglich auf Donnerstag 3 Uhr einberufene Sitzung hat am Freitag mittag um 11 Uhr im erleuchteten Sitzungssaal ihren Anfang genommen. Die Versammlung ist voll besetzt, die Tribünen besetzt.

Nachdem der Entwurf einer Befolgsordnung und die neue Dekretionsvorlage der Ausschussberatung überwiesen sind, wendet man sich zur Beratung der Dringlichkeitsvorlage des Magistrats betreffend den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums.

Die Erklärung des Oberbürgermeisters.

Unter allgemeiner Spannung erteilt Oberbürgermeister Böß das Wort: „Berlin steht am Abschluß einer Krise, wie sie fürchterlicher und gefährlicher in diesen bewegten Zeiten noch nicht erlebt worden ist. Ein Streik der lebenswichtigsten städtischen Betriebe hat die Gesamtbewirtschaftung in eine Notlage versetzt, in der ihr Leben und ihre Gesundheit auf das allerhöchste bedroht war.“ Schon hier sehen die lärmenden Zwischenrufe von der äußersten Linken ein, die sich im Laufe der Rede immer mehr steigern und Wärmigen hervorgerufen, unter denen ganze Parolen der Rede untergehen. Noch einem zusammenfassenden Rückblick auf die Vorgeschichte der Streikbewegung hebt der Oberbürgermeister hervor, daß seinem Eingreifen der Spruch des Schiedsgerichts im Reichsarbeitsministerium zu danken sei. Obwohl durch diesen außerordentlich weit entgegenkommenden Schiedsspruch die städtischen Interessen denen des Reichs geopfert wurden, habe der Magistrat ihn angenommen. Unvermutet aber sei plötzlich Sonnabendabend und Sonntag früh der Gesamistreik der städtischen Betriebe ausgebrochen, ohne daß nochmalige Urabstimmung stattgefunden hätte und obwohl der Streik angesichts der durch den Schiedsspruch geschaffenen neuen Lage nicht gegenstandslos gewesen sei. Die anerkanntesten Worte des Meisters für das Eingreifen und die Erlas der Technischen Nothilfe werden von den Kommunisten mit stürmischen Unterbrechungen und Wutrufen erwidert, ebenso die Feststellung, daß der Magistrat den beschriebenen Maßnahmen des Oberbürgermeisters seine Zustimmung gegeben hat. Aus allen Ecken der Reichshalle

erstehen, aus Spandau leitet ein U. Soz. mit 400 Mann erschienen. Auf die stürmischen Rufe „Namen nennen!“ erklärt der Oberbürgermeister, der Name sei ihm nicht bekannt, er stütze sich auf die offizielle Erklärung des Leiters der Technischen Nothilfe. Betäubender Lärm auf der Linken antwortet diesem Satz; immer wiederholt er laut der Ruf: „Schwindler! Versteckter! So kann gibt der Magistratsvorleiter die Erklärung ab, daß bei der

Wiedereinstellung nach durchaus sozialen Gesichtspunkten verfahren wird; vorgekommene Mißverständnisse und Irrtümer seien sofort aufgeklärt werden. Man könne aber nicht erwarten, daß jetzt Kräfte neu eingestellt werden, für die keine Arbeit da sei. Nachdem der Oberbürgermeister noch der objektiven und dankenswerten Mitarbeit der Spitzengorganisationen der Gewerkschaften gedacht, stellt er zum Schluß fest, daß der Streik gebrochen ist von dem aus die Arbeitnehmer erlaubt hat, der Berliner Bevölkerung und dem Magistrat des Messer an die Kehle legen zu können; es sei erwiesen, daß die's Messer stumpf ist. Diese Erkenntnis werde aber den Magistrat nicht hindern, wie bisher sachlich und gerecht vorzugehen; er werde niemals eine Vergeltungs- und Rachepolitik treiben. Der Magistrat wolle mit seiner Arbeitnehmerchaft in Frieden arbeiten.

Hierauf gelangt eine Fülle von Anträgen zur Beratung, darunter Anträge von rechts und von den Demokraten auf Ueberweisung von 100000 bzw. 50000 Mark an die Technische Nothilfe, weiter Anträge der Demokraten auf Abbau der kommunalen Betriebe, auf Reorganisation derselben auf lauter männlicher Grundlage, sodann Anträge auf Unterlassung aller Regenerungen, auf Ausbau und auf Beseitigung der Nothilfe usw. Ein Antrag Dörr (Komm.), eine Deputation der streikenden Arbeiter zu hören, wird abgelehnt.

Die Versammlung tritt in die Beratung ein. Probst (Soz.) legt zunächst die großen Schwierigkeiten dar, unter denen die Verhandlungen Ende Januar zu leiden hatten, wendet sich dann gegen die harte und engherzige Haltung der Vertreter der bürgerlichen Parteien in der

Frage des Nachmittages

einschließlich der Pausen, andererseits gegen die Haltung der U. Soz. und der Kommunisten in der Frage der Mitarbeit. Gegen ihren Willen habe die Deputation als Einigungsamt am 1. Februar einen Teilschiedsspruch herausgegeben müssen. Am selben Tage habe die Funktionskonferenz eine Urabstimmung beschlossen, und es stehe in der Gewerkschaftsbewegung das Götium einzig da, daß diese Urabstimmung einfach auch auf den Schiedsspruch übertragen wurde, der erst zwei Tage später gefaßt worden ist! Durch letzteren war jede materielle Streikfrage ausgeschaltet. Lediglich die Dauer der Verlängerung des Manteltarifs blieb strittig! War das ein Streikobjekt? Am wenigstens, wenn es sich um eine Gemeinde wie Berlin handelte? Wir können also die Art, wie dieser Streik inszeniert ist, nicht gutheißen. Eine bestimmte Schuld kann auch dem Magistrat nicht zugesprochen werden. In Zukunft muß er aber mit allem Ernst dafür sorgen, daß die

Arbeiterfragen durch seine Vertreter anders behandelt und in schnellerem Tempo geregelt werden. Die Spitzengorganisationen der Gewerkschaften haben ein großes und sehr berechtigtes Interesse daran, daß das Wirtschaftsleben Berlins nicht zum Stillstand kommt; darum haben sie eingegriffen. Die Wiedereinstellung muß ohne Hinterlassung der geringsten häßlichen persönlichen Note erfolgen. Den Standpunkt, daß die Funktionen der Betriebsräte durch den Streik zerstört sind, erklären wir für falsch; es darf doch bis zur Neuwahl kein Vakuum eintreten. (Rufe bei den Kommunisten: „Gierigkeit!“) Der Magistrat muß — und unsere Unterstützung ist ihm gewiß — alles daransetzen, endlich ein für beide Teile erträgliches Arbeitsverhältnis zu schaffen. Was am Wiedereinstellungsrecht sich als schädlich erwiesen hat, muß, dieses Vertrauen haben wir auch zu den Arbeitnehmern, fallen gelassen werden. (Wärmende Jurufe bei den Kommunisten.) Wir haben niemals die Wiedereinstellung der Arbeit von irgendeiner Regenerungen abhängig gemacht. (Anbauern der Börm bei den Kommunisten.) Mit voller Constat ist die eingehenden Beschwerden zu prüfen.

In der weiteren fort durchwogen unter großer Erregung und teilweise mit tumultuariosen Unterbrechungen geführten Aussprache greift Reimann (U. Soz.) den Oberbürgermeister Böß an, der

sich irre, wenn er glaube, mit der Arbeiterchaft Fußball spielen zu können. Man habe nach dem Ausfall der Oloberwahl der Arbeiterchaft den starken Mann zeigen wollen. Der Technischen Nothilfe sei ein Judasgeschenk zugebracht. Oberbürgermeister Böß verwahrt sich dagegen, scharfmehrliche Neuzerlegungen zu haben oder mit der Arbeiterchaft Fußball spielen zu wollen.

Babian (Dnat. Sp.) empfiehlt einen Antrag, den Manteltarif bis Ende Juni nach dem materiellen Inhalt des Schiedsspruchs zu verlängern, die Verhandlungen über den neuen Tarif sofort zu beginnen und bis zum 1. Juli zu beenden, Wiedereinstellungen nur nach Maßgabe des unbedingten Bedarfs vorzunehmen, die Betriebsräte nach den gesetzlichen Bestimmungen neu zu wählen. — Leidig (D. Sp.) befürwortet einen Antrag auf Ausschussberatung. Es müsse eine neue Rechtsgrundlage für das Arbeitsverhältnis geschaffen werden. Die Leiter der Gewerkschaften seien kaum noch verhandlungsfähig, weil sie die Mitglieder nicht mehr hinter sich haben.

Schumacher (Komm.): Schon in den bisherigen Verhandlungen über den Manteltarif hat die städtische Arbeiterchaft eine Reihe wesentlicher Verschlechterungen ihrer Position zu verzeichnen. Den Stadtbaurat Adler beschuldigt Redner, daß er, anscheinend auf Herrn Bößs Veranstaltung, jetzt die Wiedereinstellung des Betriebes der Straßenbahn verzögere. Der Streik sei abgewürgt, die Arbeiterchaft verraten worden von der städtischen und gewerkschaftlichen Bureaucratie.

Stadtbaurat Adler stellt aufs bestimmteste in Abrede, was der Redner über ihn behauptet hat. Gestern sei es leider nicht mehr möglich gewesen, den

Straßenbahnbetrieb

aufzunehmen, heute seien schon 24 Linien im Betriebe, morgen werde wohl der Betrieb wieder voll funktionieren. Alle Leute wieder einzustellen, sei unmöglich; man könne auch Leute nicht wiedereinstellen, die nichts leisten. — Dr. Michaelis (Dem.) empfiehlt die Anträge der Demokraten, auch den betreffend den Ausbau der Technischen Nothilfe und die Reform der städtischen Werke und Betriebe. — Müller-Franken (D. Sp.) sieht die Wurzel des Übels in den Betriebsräten, die sich zu einem Ferment der Zersetzung der gewerkschaftlichen Organisationen entwickelt hätten.

Redner (3.): Dieser Berliner Streik ist der Zusammenbruch der gewerkschaftlichen Politik der organisierten Arbeiterchaft, soweit sie auf den Gedanken des Klassenkampfes eingeschworen ist. Die christlich-nationale Arbeiterchaft ist von einem solchen Tun himmelweit entfernt; nur dem terroristischen Druck hat sie weichen und ebenfalls aus den Betrieben herausgehen müssen. Es muß

zwischen Vertretungen und Arbeitervertretern ein Konnex geschaffen werden, der viel inniger sein muß als bisher. Das Zentrum stimmt der Stellungnahme des Magistrats zu, wünscht aber, daß bei der Wiedereinstellung ohne Schärfe und Härte verfahren wird. Runge (D. Sp.) wendet sich gegen den Reichspräsidenten und seine Ausnahmeverordnungen. Herr Ebert habe sich damit als unfähig erwiesen und müsse durch einen Nachfolger ersetzt werden. (Vielstimmige Rufe: Runge! Stürmische Heiterkeit.) Unter andauernder Heiterkeit der Versammlung stellt Redner den Antrag, den Magistrat zu eruchen, bei der Reichsregierung wegen unverzüglicher Neuwahl eines Reichspräsidenten vorzutreten zu werden.

Nachdem sämtliche Fraktionen zum Wort gekommen sind, entspringt sich eine langwierige Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob jetzt auch der aus der kommunistischen Partei ausgetretene Reuter das Wort erhalten soll. Es sind außerdem noch Adickes (Dnat. Sp.), v. Ennen (D. Sp.) und Haß (Soz.) gemeldet. Die Mehrheit entscheidet für Reuter.

Eingekommen ist inzwischen ein von sämtlichen bürgerlichen Fraktionen und von den Sozialdemokraten gestellter Antrag: 1. für die nach dem 7. Februar neu oder wieder eingestellten nichtständigen Anestellten und Arbeiter sollen die materiellen Bedingungen des Schiedsspruchs bis zum 30. Juni ebenfalls maßgebend sein. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß die zurückgebliebenen Dienstjahre in Anrechnung gebracht werden. 2. Die Versammlung billigt die Erklärung des Magistrats, daß die Wiedereinstellung nach Maßgabe des Bedarfs, unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte erfolgen soll, daß insbesondere Beheratete und langjährige Anestellte berücksichtigt werden, und daß die im Dienst Verbliebenen in ihren Rechten geschützt werden sollen. Schließlich wird im Antrage die schleunigste Inangriffnahme der Beratung des Manteltarifs gefordert.

Nach Reuter nimmt Haß (Soz.) das Wort, um nochmals festzustellen, daß die Fraktion des Verhalten des Magistrats billigt.

54) Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun

Hilfö ging auf die Verandenstür zu. Aber indem er sie öffnete und sich umwandte, um in einem leichten Blick von derjenigen Abschied zu nehmen, die er liebte, legte Hjarmar, der ihm gefolgt war, die Hand auf seine Schulter und legte gleichzeitig ungehört, sicherheitsshalber, den Fuß vor die Tür. „Sie sind verhaftet!“ sagte er laut und fest. Werner Hilfö wandte sich erstaunt unter dem Druck seiner Hand um. Er sah in die hellen, ehrlichen Augen, als wolle er sich vergewissern, daß der Mann nicht plötzlich seinen Verstand verloren habe. Hjarmar erwiderte seinen fragenden Blick: „Sie sind wegen Verdachtes des an Ihrem Onkel begangenen Mordes verhaftet!“ Helmig fuhr im Stuhl in die Höhe und starrte die beiden an, während Fräulein Selma sich mit beiden Händen an den Kopf griff und einen Schrei der Ueberraschung ausstieß. Werner ließ den Türdrücker los. „Sind Sie verrückt?“ fragte er und blickte Hjarmar offen ins Gesicht. Hjarmar wurde momentan verwirrt und senkte unwillkürlich den Blick. Dann überdachte er das Ganze noch einmal blitzschnell und war seiner Sache wieder gewiß. „Ich habe so sichere Indizien gegen Sie,“ sagte er höflich, aber bestimmt, „daß es ein großes Amtsvergehen sein würde, wenn ich Sie reifen ließe.“ „Indizien, daß ich ein Mörder bin?“ fragte Hilfö fast heiter. Diesmal aber schlug Hjarmar den Blick nicht nieder. „So sichere Indizien, Herr Hilfö,“ sagte er mit festem Ernst, „daß die allein genügen würden, Sie zu vernichten.“ Werner Hilfö ring durchs Zimmer, von Hjarmar gefolgt. „Sie haben Beweise dafür, meinen Sie, daß ich, Werner Hilfö, meinen Onkel in dessen eigenem Garten ermordet habe?“ „Ja!“ Hjarmar stellte sich in die Nähe des Rauchfisches bei der Kontortür auf, während Frau Helmig, die ihre Fassung zurückgewonnen hatte, Hilfö fest ansah und sagte:

„Das ist unmöglich! — Das ist nicht wahr!“ „Nebste, du mußt entschuldigen, daß dieser peinliche Auftritt sich in deiner Gegenwart abspielt. Aber es gab keinen Ausweg. . . . Ich bitte dich, mit Fräulein Sindal auf deren Zimmer zu gehen.“ Frau Hjarmar blieb, ohne zu antworten, am Tisch stehen, während Hilfö auf Hjarmar aukt. „Sie sind ein sehr mutiger Mann, Herr Amisvorsteher!“ „Wie meinen Sie das?“ fragte Hjarmar, indem er sich ganz bis zur Tür zurückzog. „Sind Sie nicht bange, daß der angebliche Mörder Ihr schändliches Klüßgerat zerbrechen könnte?“ Hjarmar streckte hastig die Hand nach dem Türrahmen aus. „Schuhmann Petersen wartet im Vorzimmer!“ sagte er ruhig. „Es bedarf nur eines Druckes auf diese Glocke — eines Schreies — eines Wortes!“ Hilfö lächelte häßlich. „Sie brauchen nichts zu fürchten! — Aber soch großer Scherz wie der Ihrige fordert eine grobe Antwort heraus. — Ich möchte die Beweise sehen!“ „Nein — Sie könnten sie vernichten, aber ich will sie Ihnen nennen. — Ein Stummel von derselben kostbaren Zigarettenmarke, die Sie rauchen, ist an der Mordstelle gefunden worden.“ „Dann hab ich ihn dort wohl hingeworfen!“ sagte Hilfö ganz einfach. Hjarmar sah ihn verblüfft an und fragte: „Sie gestehen also, daß Sie dort gewesen sind?“ „Was haben Sie sonst für Beweise?“ „Sie wechselten mir einen Schein in Hundertkrone Scheine. Die Nummern dieser Scheine stehen sämtlich auf einem Zettel notiert, der in dem Portemonnaie des Verstorbenen gefunden wurde. — Diese Scheine haben Sie vielleicht von einem Dritten bekommen oder auf der Landstraße gefunden?“ „Ich habe sie von ihm selbst bekommen!“ „Wieder sch Hjarmar ihn bei seinen rüchhaltigen Worten verblüfft an. „Ist das ein Geständnis, Ingenieur Hilfö?“ fragte er nach einem Moment des Stillstehens. „Haben Sie es, wofür Sie wollen! Haben Sie mehr Beweise?“

„Dann ist noch das da, was unter Umständen Ihre einzige Zuflucht werden kann.“ „Und das ist?“ „Ihr Alibi. Wenn Sie erst mit dem Nachtzug hier angekommen sind, wie Sie behaupten, dann sind Sie frei. Denn der Mord ist mindestens eine Stunde vorher begangen worden.“ Werner sah ihn an und lächelte spöttisch: „Dann ist ja alles in Ordnung, Herr Amisvorsteher!“ Fräulein Selma trat neben Frau Hjarmar, die zwischen Tisch und Puff stand. „Es endigt schlimm“, dachte sie, und ihr Herz klopfte heftig bei dem Gedanken, was geschehen würde, wenn der Amisvorsteher erfähre, daß Hilfö seine Frau heimlich besucht habe. „Aber Doktor Sögt hat Sie im Achtuhrzug gesehen, Herr Hilfö!“ „Er könnte sich ja geirrt haben.“ „Und die Bahnrestauration, wo Sie zu Abend gegessen haben wollen, schließt anderthalb Stunden, bevor der Nachtzug kommt.“ „Ich hätte ja vielleicht dem Restaurateur begegnen und ihn extra bezahlen können?“ „Das wird sich alles zeigen. Aber sagen Sie es mir doch, Herr Hilfö, wann Sie erst mit dem Nachtzug gekommen sind, wie können Sie denn die Scheine von Herrn Hilfö selbst bekommen haben, der doch nachweislich eine Stunde vorher gestorben war?“ Werner blickte sich in die Sippe. Jetzt erst wurde es ihm klar, wie gefährlich seine Lage sei. „Sie haben recht, Herr Amisvorsteher! Die Situation ist ernst!“ „Sind Sie also mit dem Nachtzug — oder mit dem Achtuhrzug gekommen?“ Hjarmar sah ihn fest und ernst an, und Werner sah ein, daß es unnütz sei, an etwas festzuhalten, was klar widerlegt werden konnte. „Mit dem Achtuhrzug!“ antwortete er ohne Bedenken. Fräulein Selma merkte, wie Frau Helmigs Hände zitterten. Sie sah, wie ihre Oberlippe bebte und die Brust krampfartig wogte. (Fortsetzung folgt.)

Entschieden heute die Verfassung nicht über den Schiedspruch, so schwebt die ganze Frage in der Luft. Die Fraktion empfiehlt daher den eingehenden Antrag. Weiter tritt Redner den Ausführungen Reimanns entgegen. Die Behauptung der Rechten und Demokraten von der ungebührlich günstigen Gestaltung des Manteltarifs für die städtischen Arbeiter widerlegt er im einzelnen. Eine

Verlängerung der Arbeitszeit von wöchentlich 48 auf 56 Stunden, wie sie das Schiedsgericht mit den Stimmen der Rechten beschlossen habe, werde die Fraktion ebensomäßig zugeben, wie eine Verschlechterung des Betriebsratsgesetzes. Das in dem Antrag liegende Kompromiß sei für die städtische Arbeiterschaft ein sehr günstiges.

Der Antrag der Deutschnationalen wird zurückgezogen. **Über die Beschuldigung des Magistrats der Schwäche,** da er aus dem Auftrag zum Wiederantritt des Dienstes die Konsequenzen zu ziehen sich geweigert habe. v. Gynern: Der Schiedspruch enthält manchen guten Kern. Der gestellte Antrag lehnt jede Kompromiß ab, verlangt aber auch von den Arbeitern wirtschaftspolitische Einsicht.

Dr. Bengl (U. Soz.) verbreitet sich über die Frage, ob und inwieweit der Berliner Streik als ein politischer anzuspüren sei, und stellt die Auffassung, daß in diesem Kampf tatsächlich der Magistrat der eigentliche Angreifer gewesen ist, als die einseitige Anschauung seiner Fraktion hin. Die städtische Arbeiterschaft lege sich mit aller Kraft dafür ein, die städtischen Betriebe nicht aus der öffentlichen Hand in die Hände des Privatkapitals übergeben zu lassen. Entgegen den Versicherungen von Böß und Adler kein gestern und heute die ärgsten Wahrscheinlichkeiten vorgenommen worden. Redner bringt dafür eine Reihe von Belegen.

Oberbürgermeister Böß: Der Vordredner hat die Tatsachen ins Gegenteil verkehrt. Der Magistrat besteht nicht aus Herrn Karding und mir, sondern hat eine sozialistische Mehrheit. Die Beschlüsse des Magistrats sind fast einstimmig gefaßt worden. Alle Beschwerden werden schon jetzt gründlich geprüft. In der Behauptung, daß der

Magistrat die städtischen Betriebe entstaatlichen wolle, ist nicht das geringste. Der Manteltarif ist uns unter den schwierigsten Verhältnissen feinerzeit aufgezwungen worden.

Hierauf wird um 1/2 Uhr abends ein Schlafantrag angenommen.

Der Vorsteher läßt über die Art. 1—2 des Kompromißantrages abstimmen. Beide Rummern gelangen zur Annahme. (Stürmische Unterbrechung bei den U. Soz. und Komm., Rufe: Schlafens!)

Dr. Bengl: Wo bleibt unser Antrag, daß alle Streitenden wieder eingestellt werden, Maßnahmen nicht erfolgen sollen? (Anbauer großer Lärm.) Unser Antrag geht weiter als Nr. 2. Man hat hier das Recht gebüht.

Krüger (Soz.) gibt anheim, über den Geh des Antrages Gabel (Komm.).

„Maßregelungen finden nicht statt.“ besonders abzustimmen. Unter fortwährendem Tumult wird hierüber eine Auszählung vorgenommen, die die Annahme mit 91 gegen 90 Stimmen ergibt. (Allgemeine Erregung.)

Auch der Rest des Antrages Krüger u. Gen. wird angenommen. Ueber den Antrag im ganzen findet ebenfalls Auszählung statt. Wie das Ergebnis ausgefallen ist, läßt sich bei dem ungläublichen Lärm, in dem sich die Verhandlung abspielt, nicht erkennen. Eine Anfrage erlaubt, daß der Gesamtantrag abgelehnt ist. Angesichts der Unmöglichkeit, die Abstimmung ordnungsmäßig vorzunehmen, schlägt der Vorsteher Vertagung vor, zieht diesen Vorschlag aber wieder zurück. Ob der angemessene Geh aus dem Antrag der Kommunisten als Zusatz zum Antrag Krüger gilt oder nicht, stellt sich ebenfalls als völlig unklar heraus. Es scheint die Meinung dahin zu gehen, daß er als Zusatz anzusehen ist, also mit als abgelehnt gilt.

Schließlich wird über alle gestellten Anträge, da sie nach Ablehnung des Kompromißantrages wieder auflebt sind, abgestimmt. Der Antrag der Kommunisten fällt, ebenso der der U. Soz. (Plurirufe auf der Linken.) Der Antrag der Deutschnationalen wird mit 92 gegen 89 Stimmen angenommen, mit diesem Zusatz auch die Magistratsvorlage.

Die Anträge betr. die Technische Rothhilfe gehen an einen Ausschuß. Die übrigen Anträge der äußersten Linken werden abgelehnt, die Anträge Rechten wegen Umgestaltung der städtischen Werke usw. gehen an einen Ausschuß. Eine Reihe weiterer Anträge von der Rechten gelangen zur Annahme. Schluß 10 Uhr.

Fortschreitende Besserung des Verkehrs.

Auf der Stadt- und Ringbahn und im Vorortverkehr wurden gestern wieder 50 Proz. der normalen Zugzahlen gefahren, so daß auf der Stadtbahn an Stelle des 2 1/2-Minuten-Betriebs der 5-Minuten-Betrieb und auf der Ringbahn an Stelle des 5-Minuten-Betriebs der 10-Minuten-Betrieb eingerichtet ist. Auf den nördlichen Vorortstrecken, der Wannseebahn, der elektrischen Vorortbahn nach Lichterfelde-Öst und der Zossenbahn wird der normale Verkehr im allgemeinen wieder durchgeführt. Mit der fortschreitenden Wiederherstellung der großen Zähl der infolge des Streiks nicht mehr betriebsfähig gebliebenen Lokomotiven werden die Zugzahlen nach und nach vermehrt werden. Infolge der Einstellung des Betriebs der elektrischen Straßenbahn ist der Andrang zu all diesen Zügen zurzeit besonders stark, so daß auch zahlreiche Beschädigungen der Eisenbahnwagen durch Zertrümmerung von Fensterscheiben usw. vorgekommen sind. Das Publikum wird gebeten, diesen besonderen Umständen Rechnung zu tragen.

Der Fernverkehr wurde auf allen Strecken mit einer noch machen Richtungen erheblich vermehrte Zahl von Zügen wieder aufgenommen. Das gilt insbesondere für die Richtungen Ostpreußen, Breslau, München, Hannover, Köln und Stuttgart. Vorherige Eintragung der Reisenden auf den Abgangsbahnhöfen ist bis auf weiteres noch nötig.

Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs.

Im Laufe des gestrigen Tages ist es gelungen, von den Straßenbahnhöfen im Westen, Südwesten und Süden aus einen Teilbetrieb mit 24 Linien in Gang zu bringen, die den Verkehr zwischen dem Stadtinnern und den südlichen und westlichen Außenbezirken ermöglichen. Dagegen ruhte der Straßenbahnbetrieb im Nordwesten, Norden und Osten der Stadt noch vollständig, da in den Depots dieser Bezirke der größte Teil der Straßenbahnen auch gestern noch im Streik verharrte.

Demonstrationen von Streikenden.

In verschiedenen Stadtteilen kam es gestern zu Ansammlungen und Demonstrationen streikender Straßenbahner. Von Moabit war ein größerer Trupp durch die Invalidenstraße nach dem Stadtinnern abmarschiert. Wie amtlich gemeldet wird, hielt dieser Trupp unterwegs Straßenbahnwagen an, mißhandelte das Schaffner- und Führerpersonal und veranlaßte die Fahrgäste zum Aussteigen. Die Demonstranten wurden von Beamten der Schutzpolizei zerstreut. Am Nachmittag zogen zahlreiche Straßenbahner nach dem Rathaus, wo sie dann in Stärke von mehreren tausend Personen einen Demonstrationsumzug um das Rathaus veranstalteten. Sie trugen Plakate mit Aufschriften wie: „Demonstration der Ausgepörrten!“, „Die Gerechtigkeit muß siegen!“ „Wir fordern restlose Wiedereinstellung!“ Schließlich entsandten sie eine Deputation zur Stadtverordnetenversammlung, die dort aber nicht vorgelassen wurde. Der Leiter des Verkehrsvereins, Stadtbaurat Dr. Adler, verhandelte dann selbst mit der Deputation und führte deren Mitglieder nochmals über

die Haltung des Magistrats in dieser Angelegenheit auf. Nach Beilegung einer Reihe von Mißverständnissen zeigten sich dann die Vertreter der Streikenden mit den Darlegungen Dr. Adlers befriedigt.

Wie wir hierzu weiter erfahren, ist trotz des gestrigen Verhaltens der Straßenbahner für heute mit einem Abbruch dieses Teilstreiks zu rechnen, da die Einwirkungen von gewerkschaftlicher Seite und die Erklärungen Dr. Adlers viel zur Berichtigung beigetragen haben. An zuständiger Stelle erwartet man für den heutigen Sonnabendmorgen, daß auf den bisher stillgelegten Bahnhöfen der größte Teil der Belegschaft sich wieder zum Dienst melden wird, und daß es im Laufe des heutigen Tages nach Borneahme der nötigen Reinigungsarbeiten gelingen wird, auch im Nordwesten, Norden und Osten der Stadt den Straßenbahnverkehr wieder in Gang zu bringen.

Zur Kreistagswahl in Teltow.

Der Teltower Kreistag, der am 20. Februar v. J. gewählt wurde, ist nunmehr auf Betreiben der Bürgerlichen aufgelöst worden und die Neuwahlen müssen am nächsten Sonntag stattfinden. Am 20. Februar wurden bekanntlich in den Landgemeinden nicht nur die Kreistage, sondern auch die Abgeordneten zu den Provinziallandtagen und zum Preussischen Landtag gewählt. Eine große Zahl von Wahlhelfern aus Berlin war in den Landgemeinden tätig, die nur zum Landtag und Provinziallandtag wählen durften. Von diesen Helfern gaben jedoch 38 ihre Stimme unbeschäftigterweise auch für die Kreistagswahl ab, und das war Grund genug, eine Neuwahl vornehmen zu lassen. Der Hauptgrund für die Bürgerlichen war natürlich der Umstand, daß sich der Kreistag aus 8 Sozialdemokraten, 6 Unabhängigen und 2 Kommunisten zusammensetzte, denen nur 2 Demokraten und 12 sonstige Bürgerliche gegenüberstanden. Diese kleine, aber trotzdem den Bürgerlichen sehr verhasste sozialistische Mehrheit soll beseitigt werden. Man rechnet natürlich damit, daß es nicht gelingen wird, die Arbeiterwähler so zahlreich zur Wahlurne heranzuziehen wie am Großwohltag im vorigen Jahre.

Die Flugblätter des vor allem aus Deutschnationalen und Volksparteikern gebildeten Bürgerblocks lassen diese Absicht auch klar hervortreten. Es wird da mit den bekannten Wahlgeschwindigkeiten gearbeitet, die schon unzählige Male widerlegt wurden. Da wird vom sozialistischen Sumpf, vom sozialistischer Mißwirtschaft geredet, da wird die Zwangswirtschaft als eine sozialistische Einrichtung hingestellt und vor allem auf die Futtertruppenpolitik der Sozialdemokraten geschimpft. Man könnte mit einer leichten Handbewegung über dieses Geschimpfe hinweggehen, wenn man nicht wüßte, daß es immer und immer wieder Leute gibt, die darauf hereinfallen. Um so unangenehmer muß es für diese Herrschaften sein, daß gerade die Demokraten ihnen auf ihre Klagen die richtige Antwort geben. Ein demokratisches Mittelstück des Teltower Kreiswahlausschusses begründet in einer Zuschrift an das „Teltower Kreisblatt“ die Absage der Demokraten an den Bürgerblock und sagt dann wörtlich: „Glaubt man denn wirklich, mit dieser Einheitsliste die Sozialdemokratie ausschalten zu können? Ich glaube nicht daran. Wir gebrauchen jeden ernstlichen Mann zur Mitarbeit, gleichviel wie er sich sonst politisch stellt. Ob sich die Arbeit im kommenden Kreistag so reibungslos und angenehm vollziehen wird wie sonst — fast alle Vorlagen sind einstimmig angenommen —, bleibt eine offene Frage. Einheitslisten gegen eine bestimmte Partei wirken für eine ruhige Entwicklung der Arbeiten niemals günstig.“

Wir haben diesen verständlichen Worten nichts hinzuzufügen. An unseren Genossen wird es liegen, durch eifrige Arbeit den Wünschen der „Kreisgemeinschaft“, wie sich der Bürgerblock nennt, entgegenzuwirken.

Die neue Mietvertragsklausel.

Das Mieteinigungsamt der Stadt Berlin gibt bekannt: Am 10. Dezember 1921 ist den Vermietern auf Antrag die Zustimmung zur Kündigung zwecks Mietsteigerung zum 1. April 1922 bei einer Kündigungsfrist von wenigstens drei Monaten durch einstweilige Anordnung gegeben worden. Da das Mieteinigungsamt die Erfahrung gemacht hat, daß in den meisten Kündigungsfällen dieser Art eine außerordentliche Einigung zwischen Vermieter und Mieter zu erfolgen pflegt, so wird zur Vermeidung von unnötigen durch die Andauerung eines Verhandlungstermins entstehenden Kosten und etwaigen Verbindensfällen den Vermietern und den ordnungsmäßig gekündigten Mietern, die sich bisher nicht geeinigt haben sollten, dringend empfohlen, sich möglichst schriftlich über die ab 1. April 1922 zu zahlende Miete und die Verlängerung des Vertrages außerordentlich zu einigen. Die Einigung wird entsprechend den bisher ergangenen und zu erwartenden Entscheidungen des Mieteinigungsamts im Einverständnis mit dem Ausschuß der Vermieter- und Mieterbeisitzer, wie folgt, vorgeschlagen:

„Das Mietverhältnis wird über den 1. April 1922 hinaus bis zum 30. September 1922 verlängert. Als Miete ist ab 1. April 1922 die Friedensmiete zuzüglich des an diesem Tage geltenden Höchstzuschlages zu zahlen.“

Falls bis zum 3. März 1922 ein Antrag auf mündliche Verhandlung von dem Vermieter beider der zuständigen Abteilung des Mieteinigungsamts nicht eingereicht wird, gilt der bereits gestellte Antrag auf Zustimmung zur Kündigung zwecks Mietsteigerung zum 1. April 1922 als erledigt. Anträge auf Andauerung eines Verhandlungstermins, die nach dem 3. März eingehen, werden nicht mehr berücksichtigt.

Wardprozess Singh.

Die Verhandlung des Wardprozesses Singh konnte auch gestern noch nicht zu Ende geführt werden, da immer neue Anträge auf Zeugenvernehmungen durch die Verteidigung notwendig wurden. So gab Rechtsanwalt Dr. Walter Jaffe zu Beginn der Verhandlung eine Erklärung ab, daß er als Verteidiger der Frau Singh anzufragen sei, den Nervenarzt Sanitätsrat Dr. Rudolf Förster-Chorowitzburg als Sachverständigen und weitere zwei Zeugen laden zu lassen, da er inzwischen Dinge erfahren habe, welche die Vermutung nahelegen, daß an der Zurechnungsfähigkeit der Frau Singh zu zweifeln sei. Frau Singh leide an Gehirnrämpfen bei gleichzeitigem Erbrechen, ferner an Hysterie und Gemütsstörungen. — Die Verhandlung wird heute (Sonntag) fortgesetzt.

Vorsicht beim Gas!

Die Direktion der städtischen Gaswerke macht bekannt: Bei Wiederaufnahme der Arbeit in den Gaswerken ist es nicht möglich, sofort Gas abzugeben. Der Beginn der Gasabgabe wird noch durch die Presse bekanntgegeben. Zur Verhütung von Explosionsgefahren und Verletzungen sind alle Gähne geschlossen zu halten. Nach erfolgter Bekanntmachung muß erst an einem Gähne probiert werden, ob das Gas kräftig ausströmt, was an dem lauten Geräusch wahrnehmbar ist. Ist noch kein Druck in der Leitung vorhanden, ist der Gähne unverzüglich wieder zu schließen und nach einiger Zeit der Versuch zu erneuern. Da durch den Stillstand der Werke und durch vollständiges Aufhören des Druckes in den Gasleitungen die Gefahr besteht, daß Luft in die Leitung gelangt ist, kann der Fall eintreten, daß trotz des lauten Geräusches ein Anzündn nicht möglich ist. In diesem Falle muß zeitweilig während des Ausströmens das Anzündn versucht werden. Zur größeren Vorsicht sind hierbei die Fenster, besonders die oberen Flügel, geöffnet zu halten.

Zur Milchlieferung in den Streiktagen.

Während des Eisenbahnstreiks war in den Hausfrauenkreisen große Unruhe und Ungewißheit über die ihnen zustehende oder nicht zustehende Milch entstanden. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin — Milchamt — weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß auch in der Zeit des Eisenbahnstreiks sämtliche Milchhändler für die Kartenkunden mit Milch be-

liefern worden sind, so daß jeder Kartenhaber in den Milchgeschäften und in den Abmeldebüros Milch auf Karten — in der Zeit vom 3. bis einschließlich 6. d. M. in den Kleinhandelsgeschäften allerdings zum Teil geritzt — erhalten haben muß. Soweit etwa Karteninhabern die Milch von ihren Händlern mit der Begründung verweigert worden ist, daß Milch nicht angeliefert worden sei, bittet das Milchamt zum Zwecke der Verfolgung um Mitteilung solcher Fälle. Auch die Belieferung der Krankenhäuser ist in den Streiktagen niemals eingestellt worden; Klagen über erheblichen Milchmangel in den Krankenhäusern, wie sie erhoben worden sind, sind durchaus unbegründet.

Beschlagnahme kommunistischer Flugblätter. Gestern nachmittag wurden zwei Männer am Untergrundbahnhof Alexanderplatz dabei überführt, als sie kommunistische Flugblätter verteilten, die zum Generalkreislauf aufgegeben waren. Circa 20 000 Exemplare des Flugblattes wurden beschlagnahmt.

Neuwahl der Stadtschulinspektoren in Neudölln. Das Bezirksamt Neudölln hat zu Stadtschulinspektoren den Mittelschullektor Dr. Hering und den Rektor Ulrich mit dem Vorbehalt gewählt, daß den Genannten die staatliche Schulaufsicht übertragen wird.

Bei einem Synagogenbruch überrascht und festgenommen wurden in der vorhergehenden Nacht zwei Arbeiter Namens Artur Schwenny und Bertold Jrmeling. Als der Sohn des Rabbiners nachts heimkehrte, sah er zu seiner Verwunderung, daß in der Tür der Synagoge in der Heideruther Str. 4 ein Dietrich steckte. Er benachrichtigte die Revierpolizei, die sofort mehrere Beamte entsandte. Diese durchsuchten die Synagoge und entdeckten drei Männer, die alles Silberzeug zum Mitnehmen in einen Sack gepackt hatten. Zwei, Schwenny und Jrmeling, konnten festgenommen werden, während der Dritte entkam.

Für die Teilnahme an den Quäkerfesten in Neudölln werden zurzeit Anmeldungen von werdenden und bestehenden Mütter sowie Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren entgegengenommen. Eine Anzahl Kleinkinder (2 bis 6 Jahre) kann ebenfalls noch teilnehmen. Der Preis für die Festenportion ist auf 40 Pf. festgelegt. Das Bureau der Quäkerische, Bergstr. 55, ist wettläufig von 9—2 Uhr geöffnet.

Die Theaterbesetzung des Volkstheateramts Neudölln im Staatstheater ist nach Mitteilung der Intendantur der Staatstheater vom Sonntag den 12. Februar, nachmittags, auf den 12. März verlegt worden. Die gelösten Karten behalten Gültigkeit.

Wiederaufrollung des Landru-Prozesses?

In der Landru-Affäre ist eine aufsehenerregende Wendung eingetreten. Den Beteiligten des bekanntlich zum Tode verurteilten „Hauptbarts von Cambais“ ist ein Brief eines gewissen Hector Vigoureux zugegangen, in dem dieser Mitteilung davon macht, daß er drei Tage nach der Verhaftung Landrus am Rittermarkt einen Mann beobachtet habe, der aus der Leichenhalle des Friedhofs in Cambais heraustrat, beim Schein seiner Laterne Bruchstücke von Gebelstein sorgfältig sortierte und in eine kleine Kiste neben sich legte. Der Mann habe dann die Tür der Leichenhalle verschlossen, sei über die Friedhofsmauer geklettert, den Weg hinter Landrus Bestattung entlang gegangen und über dessen Gartenmauer verschwunden. Er habe den Mann genau erkannt. Es sei ein gewisser V. Landrus Parteigänger, Herr de Moro-Gianni, hält bei Befragung der Angaben diese für ausreichend, um eine Revision des Landru-Prozesses herbeizuführen.

Aufnahme des Luftverkehrs zwischen Deutschland und Rußland. Wie die „Ekononische Wochenschrift“ berichtet, wird die kürzlich gegründete deutsch-russische Verkehrs-Gesellschaft ihren Betrieb schon in den nächsten Wochen aufnehmen können. Die erste Luftfahrt Königsberg—Moskau wird voraussichtlich Anfang März stattfinden.

Den Toten von Verdun. Die Gebeine der 400 000 bei der Verteidigung Verduns gefallenen Franzosen, von denen fast 300 000 unbekante Soldaten sind, sollen gesammelt und in einem großen gemeinsamen Grabe beigesetzt werden. Darüber soll eine Kapelle und für jede Konfession ein Mausoleum errichtet werden, mitten auf dem großen Schlachtfeld, welches sichtbar auf der höchsten Höhe. Die auf Initiative des Bischofs von Verdun in ganz Frankreich stattfindenden Propagandabearbeitungen und Geldsammlungen für diesen Zweck finden großen Anklang.

Soziales.

Errichtung eines Grubensicherheitsamtes.

Der Preussische Landtag hat in der Sitzung vom 15. Juli 1921 einem Antrage zugestimmt, der die Errichtung eines Grubensicherheitsamtes und die Bildung einer Grubensicherheitskommission fordert. In Ausführung dieses Beschlusses hat der Minister für Handel und Gewerbe, Genosse Siering, kürzlich die „Bestimmungen über die Errichtung eines Grubensicherheitsamtes und die Bildung einer Grubensicherheitskommission“ erlassen.

Das Grubensicherheitsamt wird im Ministerium für Handel und Gewerbe in Angliederung an die Bergbauabteilung errichtet. Zu seinen Aufgaben gehört:

- die Bearbeitung der allgemeinen bergpolizeilichen Angelegenheiten, soweit sie die Grubensicherheit betreffen,
- das Unfallwesen und die Unfallverhütung im Bergbau,
- die Durchführung von Versuchen zur Verbesserung der sicherheitlichen Einrichtungen im Bergwerksbetrieb.

Die Leitung des Grubensicherheitsamtes ist dem Bergpolizeireferenten des Ministeriums übertragen. Die Grubensicherheitskommission gliedert sich in eine Hauptkommission und fünf Bezirkskommissionen. Die erste setzt sich zusammen aus dem Leiter des Grubensicherheitsamtes, der zugleich den Vorsitz führt, je einem Vertreter der Oberbergämter, fünf Vertretern der Bergwerksbesitzer, fünf Vertretern der Arbeitnehmer und drei Mitgliedern des Preussischen Landtages.

Die Hauptkommission bildet eine beratende Stelle für den Minister in Fragen der Grubensicherheit und soll daher bei allen Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung auf diesem Gebiete gehört werden.

Die einzelnen Bezirkskommissionen, von denen je eine für jeden Oberbergamtsbezirk gebildet wird, setzen sich zusammen aus: einem Vertreter des Oberbergamtes, der zugleich den Vorsitz führt, zwei Bergwerksbesitzern, zwei Vertretern der Bergwerksbesitzer, zwei Vertretern der Arbeitnehmer und zwei Mitgliedern des Preussischen Landtages, die in dem Oberbergamtsbezirk ihren Wohnsitz haben. — Die Tätigkeit der Bezirkskommission umfaßt: 1. die Mitwirkung bei der Aufklärung größerer Unfälle, 2. die Klärung anderer wichtiger Fragen auf dem Gebiete der Unfallverhütung, 3. die Stellungnahme zu den Entwürfen von Bergpolizeiverordnungen.

Arbeiterport.

Schwimmverein „Freiheit“. Sonntag 3 Uhr Schwimmfest in der Oberberger Straße.
Freie Turnerschaft Greif Berlin. Sonntag nachm. 3 Uhr Fortturnerinnen-Turne Bocholtz, 17—20: Turnabteilungen. — Sonntag nachm. 3 Uhr: Song-Friedenfest, Gemischter-Sportklub in Köpenick. — Mittwoch: Turnabteilung, Riechmüller, 12. 7 Uhr: Aufnahme neuer Beiräte usw.
Arbeiter-Katholischer Bund „Solidarität“ Berlin. Feiern für Sonntag, den 12. Februar. 3. Vbl.: Arbeiterwohlfahrtsausstellung, Treffpunkt 1 Uhr: Frauenwohlfahrtsk. 5. Vbl.: Wohlfahrtsk. Start 1 Uhr: Frauenabteilung, 6. Vbl.: Johannisthal (Foto), Start 1 Uhr: Rappenhagen Str. 26. 8. Vbl.: Riechmüller (Marsch), Start 1 Uhr: Waldf. 8. 10. Vbl.: Arbeiterhof (Singe), Start 1 Uhr: Gemeindefest.

Wetterbericht bis Sonntag mittag. Trocken und vielfach heiter bei fortwährendem, tagsüber etwas nachlassendem Frost und schwachen, vorherrschend nördlichen Winden.

Der Streik vor dem Reichstag.

Am Reichstag begann gestern nachmittags 1 Uhr die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Reichsverkehrsminister Groener:

Mein Standpunkt zum Beamtenstreik ist allgemein bekannt. (Kommunistische Zurufe: Jamohl: „ein Hundsfott, wer streikt!“) Ich habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sich die Beamten meiner Vermutung, wenn sie unbeschäftigt die Arbeit niederlegen, ein schweres Dienstvergehen zuschulden kommen lassen. (Zurufe: Und die Reichsverfassung?) Glücklicherweise sind Zehntausende von Beamten auf ihrem Posten geblieben; unzählige haben bei der Durchführung des Rotbetriebes hervorragendes geleistet. Diesem Opfermut ist die Technische Rothilfe dankenswerterweise tätig zur Seite getreten. (Beifall.) Ich danke auch den Arbeitern, die in richtiger gesellschaftlicher und staatspolitischer Erkenntnis von vornherein abgelehnt haben, den Streik mitzumachen. Dieses Zusammenwirken hat unser Land vor einer schweren Hunger- und Kohlenkatastrophe, vielleicht noch vor Schwerkern bewahrt. (Beifall.) Besonderen Dank gebührt den Eisenbahnern in Süddeutschland. (Erneuter Beifall.) Die aber, die Opfer an Leben und Gesundheit gebracht haben, sind gestorben und haben gebüht bei der Bewahrung der höchsten Bürgertugend, im selbstlosen Dienste für ihre Mitmenschen. (Beifall.) Den Hinterbliebenen und Verletzten werden wir zu Hilfe kommen, wo immer es nötig erscheint. Beim Referententwurf zum

Arbeitszeitgesetz

handelt es sich durchaus nicht um ein sachlich ungerechtfertigtes Ausnahmegesetz gegen die Eisenbahnbeamten. Jeder Arbeiter muß täglich acht Stunden arbeiten. Dasselbe gilt nach dem Reichs-Lohnarbeitsvertrag auch für alle Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung. Im Eisenbahnbetriebe gibt es aber neben der wirklichen Arbeitszeit auch Bereitschaftsdienst und für das Lokomotiv- und Zupersonal Zeiträume, in denen es auf fremden Stationen bis zur Rückkehr

unbeschäftigt warten

muß. Die Reichsgewerkschaft verlangte nun, daß diese Zeit reiflos als wirkliche Arbeitszeit berechnet wird. Dies würde dazu führen, daß das Personal in seiner Wehrheit täglich nur 5 bis 6 Stunden einschließlich des Vor- und Abschlußdienstes wirkliche Arbeit zu leisten hätte. Der Arbeitszeitgesetzentwurf beachtete nicht anderes, als zu verhindern, daß der Bereitschaftsdienst als wirkliche Arbeitszeit gerechnet wird. Die Grundzüge des achtstündigen Arbeitstages werden durch den Referententwurf in keiner Weise angefaßt. — Durch das Reichsverkehrsministerium oder eine ihm unterstellte Behörde sind keineswegs, wie es das Ultimatum der Reichsgewerkschaft behauptete, Anordnungen erlassen worden, die bereits jetzt eine Einschränkung der bisherigen Bestimmungen durchzuführen versucht hätten. Es wird lediglich mit aller Entschiedenheit dahin gestrebt, daß die bisher geltenden Vorschriften so durchgeführt werden, wie es nach ihrem Wortlaut und Sinn zur Hebung der wirtschaftlichen Leistungen der Eisenbahn unerlässlich notwendig ist. Das war erforderlich, weil tatsächlich in vielen Bezirken die bisherigen Bestimmungen in offenbarem

Widerstand zu den Vorschriften

angewendet wurden. Notwendig war auch bei Ausbruch des Streiks die Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Wie sie gewirkt hat, kann erst festgestellt werden, wenn die Berichte der Eisenbahndirektionen vorliegen. Die Auffassung, daß mit ihrer Aufhebung auch die Strafbarkeit der während ihrer Geltung begangenen Vergehen beseitigt sei, ist irrig. Die vom Reichskabinett herausgegebenen Richtlinien für die Disziplinarverfahren sind nur der selbstverständliche Ausfluß des Reichsbeamtengesetzes. Ich würde es mit meiner Verantwortung gegenüber dem Reichstag nicht vereinbaren können, schwere Dienstvergehen der Beamten nicht zu verfolgen. (Sehr richtig! rechts.) Ich würde mich damit selbst eines schweren Dienstvergehens schuldig machen. (Der Minister verliest dann die Richtlinien.) Die Regierung

verzichtet auf Massendisziplinarverfahren

in der Erkenntnis, daß die übergroße Mehrheit der Beamten im Glauben an die Richtigkeit der Angaben ihrer Führer in den Streik gegangen ist. Neben das Dienstvergehen während der Streikzeit tritt § 14 Absatz 3 des Dienstverhaltensgesetzes. Nach diesen Richtlinien werden ich und meine Referenten die Fälle behandeln. Wie notwendig ein entschiedenes Vorgehen ist, zeigen einige Einzelfälle. Bedauerlicherweise sind

erhebliche Sabotageakte

vorgekommen. (Hört! Hört!) Es wurde auf im Dienst befindliche Beamte geschossen, es wurden Handgranaten geworfen, Säbren auseinandergeschraubt und Teile herausgenommen, Hemmschuhe auf die Gleise gesetzt, um Personenzüge zur Entgleisung zu bringen, Lokomotivteile entfernt usw. (Beifall, Bewegung und stürmisches Hört! Hört! rechts und in der Mitte.) Vor dem Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten war ich durch die bisherigen Grundzüge gehindert, die Rothilfe einzusetzen. (Hört! Hört!) Drei Tage nach Beginn des Streiks waren bereits mehr als 5000 Rotarbeiter eingesetzt. Auch heute in mehreren Bezirken das streikende Personal versprochen, einen Rotbetrieb aufrechtzuerhalten; es hat das Versprechen aber nicht gehalten. (Hört! Hört! rechts.) Auch haben einige Länder den Einsatz der Technischen Rothilfe nicht zugelassen. (Beifall, Hört! Hört! und Zurufe rechts: Welche?) Daher konnte der volle Einsatz erst am 7. erfolgen. Außerdem wurden 12000 Hilfskräfte, darunter 1200 Lokomotivführer eingesetzt. Die Erfahrungen mit der Rothilfe werden uns wichtige Richtlinien für die Zukunft geben. Wir können aber erst darüber urteilen, wenn die Berichte der Eisenbahndirektionen vorliegen. (Zuruf äußerst links: Die besagen werden, daß die Technische Rothilfe Millionen Schäden anrichtet hat.) Die Verkehrs-lage betrug auf der Strecke Berlin—Breslau 40 Proz., im übrigen 30 Proz. Bei der Beurteilung der einzelnen Fälle werden die psychologischen Momente mit mir durchaus gewertet werden. Die gesamte Beamtenenschaft muß sich künftig einmütig in dem Befehle der englischen Verbündeten mit dem Staat

zusammenfinden. Nur dann kann die Reichsbahn zu der alten Blüte emporgebracht werden. Unlichteure und freundliche Hinneigung an die schwierigen Aufgaben des Betriebes müssen selbstverständliche Eigenschaften des Eisenbahnbeamten sein. (Beifall, — Zuruf äußerst links: Und wenn der Regen noch so knurrt!)

Mit der Besprechung verbunden wird die Aussprache über die beiden folgenden Anträge: 1. Unabhängiger Antrag: Der Reichstag mißbilligt, daß eine Ausnahmeverordnung unter Verantwortung der Reichsregierung gegen die streikenden Eisenbahnbeamten erlassen wurde, daß dadurch das Streikrecht der Beamten aufgehoben worden ist, daß die Reichsregierung den Arbeitskunden anweist, daß sie Verhandlungen abgelehnt hat und daß sie die Disziplinierung von streikenden Beamten vornimmt. — 2. Kommunistischer Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ermahnen: 1. Einweine beschleunigte Streikänder sind sofort freizugeben. 2. Verhandlungen sind, soweit die Verbotsfeste sich noch nicht auf freiem Fuße befinden, sofort aufzuheben. 3. Die Reichsregierung wird ersucht, bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß der Berliner Magistrat Mahnrufen aus Anlaß des Berliner Gemeindevorsteherstreiks nicht vornimmt und vorgekommene Mahnrufen rückgängig macht. (Rechten rechts.)

Es folgt die Rede des Abg. Wels (Soz.), die wir im Hauptblatt wiedergeben.

Abg. Wels (Soz.): Der Eisenbahnstreik war ein Verbrechen am deutschen Volke. Die Haltung des Deutschen Beamtenbundes war nicht ungewissen genug. Ein Beamtenstreik ist unvereinbar mit

dem Beamtenrecht. Die Auffassung des Reichskanzlers in der Frage des Beamtenstreiks deckt sich vollkommen mit der meiner Fraktion. In Weimar hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete ausdrücklich erklärt, das Koalitionsrecht der Reichsverfassung deckt sich nicht mit dem des Vereinigungsrechtes der Beamten. Der Generalstreik beim Kapp-Putsch kann nicht zum Vergleich herangezogen werden. Die Notlage der Beamten wird anerkannt. Eine Revision der Grundgesetze ist zugelegt. Die für den Streik Verantwortlichen müssen die Konsequenzen tragen. Wir billigen die Richtlinien der Regierung. Röge der Streik den irreführten Beamten die Augen öffnen!

Abg. Veradt (Dnt. Sp.): Der Streik brachte neue Preissteigerungen und hätte leicht außenpolitisch große Gefahren heraufbeschworen. Herzzerrend waren die Hilferufe aus den Krankenhäusern, (Unruhe und Zuruf der Kommunisten: „Reihen Sie Ihr freches Maul nicht so weit auf! — Lärm rechts.)

Ueberracht hat uns die Stellung des Kanzlers

zum Streikrecht der Beamten. Ein deutschnationaler hätte es nicht besser machen können. Die selbstsichere Art, mit der der Kanzler seine Beurteilung des Streiks ausgesprochen hat, pocht schlecht zu dem bisherigen Verhalten der Regierung. Warum hat es unter dem monarchischen System keinen Beamtenstreik gegeben? (Lachen links.) Herr Wels hat hier einen Vorzug aufgeführt. Die Zweideutigkeit der Sozialdemokratie hat viel zum Ausbruch des Streiks beigetragen. (Abg. Seering (Soz.): Gegen die Entente würden Sie aber nicht streiken!) Streik gegen eine fremde Macht — das ist etwas anderes. Nach der Revolution haben sich die Sozialdemokraten gedrückt, sie hätten den Beamten das Streikrecht verschafft. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Koalitionsrecht, nicht Streikrecht!) Der sozialdemokratische Abg. Steinkopf hat in Herbst 17 der sozialistischen Beamtenzeitschrift betont, daß die Beamtenchaft nach der Reichsverfassung das Streikrecht habe. (Sehr richtig! äußerst links.) Wir haben im November zur Beamtenbesoldung 6 Punkte vorgelegt. Ihre Annahme hätte der Bewegung vorgebeugt. (Zurufe h. d. Soz.: Warum haben Sie denn unsere Anträge damals abgelehnt?) Die Erbitterung der Beamten ist verständlich, denn die Arbeiter verdienen mehr als jene, die erst nach Jahren der Vorbereitung angestellt werden. Das Kompromiß, das den Streik beendet hat, bedeutet eine glatte Niederlage der Regierung.

Vizepräsident Dietrich ruft den Ruf von „Reihen Sie Ihr freches Maul nicht so weit auf!“ zur Ordnung.

Abg. Scholz (Dnt. Sp.): In der Besoldungsfrage hätte die Regierung schon schneller auf die Revision herangehen müssen. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist

wiel zu früh aufgehoben

worden. Von einem Streikrecht der Beamten kann keine Rede sein. Auch für die Arbeiter gibt es ein Streikrecht in vollem Umfange nicht. (Beifall, Widerspruch links.) Koalitionsrecht (Ausrufe links) und Streikrecht sind nicht identisch. Wir mißbilligen aufs schärfste, daß der Kanzler mit der streikenden Reichsgewerkschaft verhandelt hat. Warum ist die zum Streik gehende „rote Fahne“ nicht verboten worden? Welche Länder haben den Einsatz der Technischen Rothilfe verhindert? Richtig ist eine reichs-gesetzliche Regelung des Einsatzes der Technischen Rothilfe. Unerhört ist es, daß die Verfassung der Disziplinarverfahren dem zuständigen Minister genannt worden und auf das Gesamtkabinett übergegangen ist, dessen Zusammenfassung von den politischen Verantwortlichen abhängt. Die Urteilsfällung wird so von politischen Gründen abhängig. Den Worten des Reichskanzlers gegenüber können wir ein

Vertrauensvotum

ausprechen, seine Taten müssen wir aufs schärfste ablehnen.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Die Regierung hat sich nicht verrechnet. Sie hat diesen Streik beendet, und das war ihr Ziel bei den Verhandlungen. Ein Streik wie dieser in seiner Ausdehnung und mit der Gefahr, sich zu einem allgemeinen Beamtenstreik auszudehnen, ist in keinem Beamtenrecht irgendeines Staates bisher vorgesehen gewesen. Die Regierung hat in keiner Beziehung ein Versehen verübt. Das Reichskabinett wird sich nicht mit den einzelnen Disziplinierungsfällen befassen. Als die Zunahme des Streiks und sein Hinüberziehen in politisches Fahrwasser drohte, habe ich im Auftrage des Kabinetts Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen geführt und mich dabei nach dem gerichtet, was wir im Kabinett einstimmig beschloffen hatten. Am Montag war bei diesen Verhandlungen auch Herr Lenz von der Reichspostgewerkschaft anwesend. Er wies sich als mit einem besonderen Mandat der Reichsgewerkschaft aus. (Beifall, Hört, hört! rechts.) Was das etwa ein Unglück? (Beifall, Rufe links: Reini! Durchaus nicht! — Große Unruhe rechts.) Erinnern Sie (nach rechts) sich doch daran, daß es schon Leute gegeben hat, die sich bei einer politischen Bewegung so lange gegen alle Verhandlungen gestäubt und gewehrt haben, bis es zu spät, bis die Katastrophe da war. (Stürmisches Sehr richtig! links und in der Mitte.) Wenn man verhandeln will, muß man doch jemand vor sich haben, der mindestens ein Mandat der Streikenden in Händen hat. Bei den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen war außerdem auch der Beamtenbund vertreten. Es war klar, daß bei ihm auch Vertreter der Reichsgewerkschaft dabei sein konnten, selbst aus dem Vorstände der Reichsgewerkschaft, ohne daß diese Vertreter in dem Streik eine aktive Rolle gespielt hätten. Unser Vorgehen war richtig. Ich würde in einem so schweren Augenblick, der so schwerwiegende politische Folgen haben kann, genau wieder so handeln. Die Situation war für die Regierung günstig, zumal die Gewerkschaftsvertreter aufs schärfste den Streik verurteilten. Ehe ich mit dem Beamtenbund in eine Besprechung trat, stellte ich die Vorfrage: Wie stellen Sie sich zum Streik? Ich habe die Zustimmung erhalten, daß der Vorstand des Beamtenbundes ein Zusammengehen mit den Streikenden ablehnt und den Streik mißbilligt. Wir sahen mit den Spitzenorganisationen am Verhandlungstisch und — ich sage das offen — es ging so gemühtlich zu, wie einstmals im Reichskabinett, als die Herren von rechts darin sahen. (Entrüstung rechts — Heiterkeit bei den anderen.) In zwei Sitzungen kam in der Frage des Arbeitszeitgesetzes und der Grundzüge ein Einvernehmen zustande. Damit war aber noch nicht alles erledigt. Als Reichskanzler hätte ich auf die Beendigung des Streiks hinzuwirken. Dieses Ziel können Sie nicht erreichen, wenn Sie von vornherein erklären: Mit den Vertretern der Reichsgewerkschaft will ich nichts zu tun haben. (Großer Lärm und Zurufe rechts: Das haben Sie aber gesagt. — Beifall links.) Es muß Leute geben, die den Streik abblenden, nachdem sie ihn angeblasen haben. Durch die Vermittlung des Abg. Hölle kamen Mitglieder des Vorstandes des Reichsbeamtenbundes und der Reichspostgewerkschaft zu mir. Ich erklärte: Ich bin bereit, mit Mitgliedern des Beamtenbundes und der streikenden Reichsgewerkschaft wegen Abbruchs des Streiks in eine Besprechung einzutreten. In einem solchen Augenblick schaut man zu, daß man zu einem Frieden kommt, der uns vor weiterem Schaden bewahrt. In diesem Augenblick sind auch Warnrufe von Herren an mich gekommen, die nicht auf der Linken des Hauses sitzen. (Hört, hört! links.) Die Disziplinierungsfrage, die das Volk bis in die Tiefe aufwühlen kann, kann nicht einem einzelnen Ressortminister überlassen bleiben. Wenn Massen-Disziplinierungen da und dort vorgenommen sind, dann werde ich als Kanzler mit dem Verkehrsminister darüber sprechen. Wir wollen

keine Politik der Vergeltung und der Rache.

(Große Unruhe und sehr Hört, hört! rechts. — Beifall links.) Die Reichsregierung muß sich dafür einsetzen, daß nicht eine solche Politik

der Rache von lokalen Behörden vorgenommen wird. Sie (nach rechts), die Sie so seine Unterschiede zwischen Worten und Taten zu machen verstehen, sind ja alle heillos, daß wir aus der Sache heraus sind. (Beifall.) — Händeklatschen auf den Tribünen.) Es ist eine Tatsache, daß in weiten Kreisen der Beamtenchaft der Gedanke bestand, daß die Beamten das Streikrecht hätten. Die Regierung hat dieser Auffassung nicht zugestimmt. (Zuruf rechts: Kapp-Putsch!) Wenden Sie sich an die damalige Regierung! Dieser Streik soll für uns ein Mittel sein, um die Beamten von der tatsächlichen Rechtslage zu überzeugen. Seien Sie sich doch darüber klar: Dieser Beamtenstreik ist nicht vom Himmel gefallen, er ist eben auch ein Teil der ungeheuren Erregung, die durch unser ganzes Volk geht. Der Druck der Reparationen lastet auf uns allen. (Abg. Koenen (Komm.): Türruhr gegen Ihre Erfüllungspolitik!) Hat jemand vielleicht geglaubt, daß dieser Streik die Aufgabe der Reparationsleistungen erleichtert?

Diese Erschütterungen müssen ertragen werden.

Wir müssen leben, diese Dinge durch friedliche Mittel in Zukunft zu vermeiden. Kommen wieder Schwierigkeiten, müssen wir leben, rechtzeitig aus ihnen herauszukommen. Es ist die Frage des Verhaltens verschiedener Landesregierungen zur Technischen Rothilfe und ihrer Einsetzung berührt worden. Es ermahnt das Problem: soll die Reichsregierung auch hierin den einzelnen Ländern Vorschriften machen? Vielleicht erkundigen Sie (nach rechts) sich hier einmal bei den Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei. (Heiterkeit.) Es mag da und dort gefehlt haben, aber die Organisation der Technischen Rothilfe läßt sich auch nicht von heute auf morgen bewerkstelligen. Die Ausgestaltung der Technischen Rothilfe ist ungewisser schwer, besonders in der Eisenbahnfrage wären ungeheure Vorbereitungen notwendig. Ohne Fachleute läßt sich nichts machen. Man denke nur daran, daß in Groß-Berlin große Werte verfallen wurden vom obersten bis zum untersten Beamten herab. (Bravol bei den Kommunisten.) Wenn die lebenswichtigen Betriebe samt und sonders verlassen werden und Not und Elend nicht nur in die Paläste, sondern vielmehr in die Häusern einziehen, dann ist der Ausbau der Technischen Rothilfe dringend erforderlich. Es sind (nach links) Ihre Brüder, die am meisten gelitten haben. Wir müssen dafür sorgen, die Dinge so einzurichten, daß Sie (nach links) niemals mehr Gelegenheit haben, Ihren armen Brüdern das Leben noch schwerer zu machen, als es ohnehin schon ist. (Beifall.)

Abg. Dittmann (U. Soz.): Die gestrige Rede des Kanzlers müssen wir aufs schärfste verurteilen. Wenn 98 Proz. der Lokomotivführer in den Streik getreten sind, so kann diese Bewegung nicht durch Heher hervorgerufen worden sein, sondern die elementare Lebensnotwendigkeit muß die Leute dazu gezwungen haben, und dem ist auch so. Die Zentrale der Reichsgewerkschaft hat immerzu Geduld gepredigt und zur Ruhe gemacht. Das

Ueberracht der Prooklation

hat dann den Streik ins Werk gesetzt. Die Gehälter der unteren und mittleren Beamten sind reine Hummerbitter. In allen Ressorts des Reichs und der Länder herrscht eine masslose Verblüdung der unteren Beamten und dieser Streik hätte sich zu einem Generalstreik der Beamten wohl ausweiten können. Die Gehälter bleiben weit unter dem Existenzminimum von 28000 M. Dabei ist der Dienst der Lokomotivführer ein überaus anstrengender. Ein Spiegelbild zu den niedrigen Löhnen sind

die Gehälter der höheren Beamten.

die das Fünffache betragen. Der Einwand, man müsse diese hohen Gehälter zahlen, weil sonst die tüchtigsten Beamten in die Privat-industrie übergehen, ist hohles. Das Einkommensteuergesetz hat man auch so geändert, daß daraus den höheren Beamten größere Vorteile erwachsen. Die Maßnahmen, die die Regierung bei Ausbruch des Streiks zur Wahrung ihres Prestiges erließ, sind durch

deutschnationale Geheimräte

in das Gegenteil umgewandelt worden. Gesetzesübertretungen dieser Leute sind die Regel. Eigenmächtig hat man in manchen Eisenbahnbezirken den Zwölftudentag wieder eingeführt, sicherst ohne Wissen der Regierung. Die nationalistischen Geheimräte und Beamten diskreditieren offensichtlich die Regierung. Mit allen Schikanen versucht man den Achtstundentag zu sabotieren. Die Beamtenräte sind eine leere Dekoration, das Reichsverkehrsministerium diktiert, ein Beschwerderecht ist nicht vorhanden. Sinesse besteht die Befehlsmacht des Reichstages, Groener führt sie aus. (Zuruf rechts: Rein, die Entente!) Rein, die Profitsucht. Der Kampf der Eisenbahner war sochsch gerechtigt. Daß der Kampf zum Streik ausartete, ist nicht die Schuld der Reichsgewerkschaft, sondern Groeners. Artikel 159 der Reichsverfassung kennzeichnet die Verordnung des Reichspräsidenten als rechtmäßig. Zum Koalitionsrecht gehört auch das Streikrecht. Ulpinski hat sich nicht afformiert gegen das Streikrecht gewandt, sondern nur gegen das Streikrecht reaktionärer Beamten. (Lachen rechts.) Die Beschlagnahme der Streikfälle und die Verordnung des Reichspräsidenten waren schände Gewalttaten. Dadurch ist die Sympathie der Deutschen Eisenbahnern zugeflogen. Bedauerlicherweise haben die freien Gewerkschaften nicht ihre ganze Kraft gegen die Verordnung des Reichspräsidenten eowandt, und sind damit dem Streik in den Rücken gefallen. Ebert hat mit dem Amt das proletarische Empfinden verloren, sonst hätte er nicht einen solchen Wisch herausgeben können. Aber Groener hat

durch Rücktrittsdrohung diese Verordnung erprecht.

Der Streik hätte schon am ersten Tage beigelegt werden können, wenn es Groeners propägotischer Herrenstandpunkt zugelassen hätte. Er ist eben auch heute noch Generat, und ein General kann eine Berkehrsorganisation nicht leiten. De eher Herr Groener verschwindet, desto besser für die Eisenbahner und für das deutsche Volk. Schon jetzt werden Massenentlassungen anzuommen. Wie verdrückt sich das mit der Erklärung des Reichskanzlers, der doch mit seiner persönlichen Ehre dafür eintritt, daß das unterbleibt? Der Reichskanzler muß sein Verbrechen einlösen. (Zuruf links: Herr Groener los!) Wenn Herr Groener losht, dann muß ich sein Wort annehmen: Ein Hundsfott, wer einen Eisenbahner mahrschreit. (Stürmisches Rufe rechts: Zur Ordnung! Großer Lärm äußerst links.) Vizepräsident Dietrich bittet, die Plätze einzunehmen. Kommunisten und Unabhängige lehnen auf ihre Plätze zurück, bleiben jedoch stehen. Die Abgeordneten der Rechten verlassen stürmisch: Hinsehen! — Ungeheurer Lärm. — Der Vizepräsident schließt die Sitzung.)

Abg. Dittmann wird morgen seine Rede fortführen. Sonnabend 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß 7 Uhr.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische gering, Geschäft mäßig. Fleisch schwach, Getreide ruhig. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.

Am gestrigen Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Lebende Aale 50 M., Bielo 14 M. das Pfund. Rechts wurden mit 20 M. angeboten, Pilsen mit 14 M., Zander mit 25 M., Dorsch 5 M., Flunder 8—10 M., das Pfund. Schellfisch 10 M. — Rindfleisch 20 bis 25 M., Kalbfleisch 22—25 M., Hammelfleisch 24 M., Schweinefleisch bis 25 M., das Pfund. — Hirschfleisch war mit 20—21 M. ausgezeichnet. Hasen das Pfund 16 M. oder das Stück 120 M., Puten 24 M. und Hühner 25—28 M., Gänse standen auf 28 M. — Schweinefleisch 31 M., Margarine 25—31 M., Naturbutter 50—85 M., Eier 5,50 M., Erbsen 6 bis 9 M. und Linsen 12 M., das Pfund. — Weizenmehl 6,50—7,50 M., Grauen 8 M., Kartoffelmehl 12 M., — Reis 8—11 M., Weiskohl 3 M., Wirsingkohl 4,50 M., Grünkohl 2,50 M., rote Rüben 1,50 M., das Pfund. Rotkohl 6,50 M., Zwickeln 2,75 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. Kreis Wilmersdorf. Die Abteilungsleiter werden gebeten...

Heute, Sonnabend, den 11. Februar:

Der 12. Kreis veranstaltet um 7 1/2 Uhr im Realgymnasium...

Die Konferenz der erkrankten Mitarbeiter des Vereins...

Morgen, Sonntag, den 12. Februar:

7. Wkt. Wilmersdorf. 4 Uhr Vornachmittag im Restaurant...

Jugendveranstaltungen.

Bereich Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, O.B. 68. Einheitsstr. 3. 2. Hof, 3. Tr.

Am Sonntag, den 12. Februar, vormittags 9 Uhr, findet im...

Der 13. Kreis Kempthof veranstaltet heute abend um 7 1/2 Uhr...

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Die Abreise Amoretten Cavallo la rusticana

Schauspielhaus Lumpazivagabundus

Deutsch. Theat. Ein Trauerspiel Sonntag 7 1/2 Uhr

Kammerspiele Sonntag 7 1/2 Uhr Die Büchse der Pandora

Gr. Schauspielh. Sonntag 7 1/2 Uhr Schwedisch Ballett

Königgrätz. Str. 7 Uhr Premiere Die wunderliche Geschichte des Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus Heute 7.30 Uhr

Karusell mit Maria Orska Joh. Riemann Ralph Art. Roberts

Berliner Theat. Heute 7.30 Uhr

Prinzessin Olala Emmy Sturm

Central-Theater Das Defektivmädchel

Deutsches Opernhaus Fidello

Intimes Theater Die große Revue

Neues Theater am Zoo Der Herr der Welt

Neues Volkstheater Das letzte Gericht

Schiller-Th. Charlitz. 8.15 Pr. Friedr. v. Homberg

Die Ehe im Kreise

Der Tana im Glück

Dybuk

Die Spitzenkönigin

Residenz-Theat. Eine Frau ohne Bedeutung

Kleines Theater Haben Sie nichts zu verzollen?

Der Dieb

Volksbühne Theater am Bulowplatz

Lessing-Theat. Heute bis Montag 7 1/2 Uhr

Deutsches Künstler-Th. Gastsp. des Moskauer Künstler-Theaters

Trianon-Theat. Täglich 8 Uhr

Theater d. Ostens (Rose-Theater) 7 1/2 Uhr

Königgrätz. Str. 7 Uhr

Karusell

Berliner Theat.

Prinzessin Olala

Central-Theater

Deutsches Opernhaus

Intimes Theater

Neues Theater am Zoo

Neues Volkstheater

Schiller-Th. Charlitz.

Die Ehe im Kreise

Der Tana im Glück

Dybuk

Die Spitzenkönigin

Residenz-Theat.

Kleines Theater

Der Dieb

Der Dieb

CIRCUS BUSCH Tel 7 1/2, St. auch 3 U

Morg. Sonntag nachm. 3 Uhr 1 Kind frei!

Robinson Crusoe Neue Circ. Sonntag

Martha Mohnke

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger

Döbhoff-Str. 11

Reines Varieté-Programm

Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Boeckler-Fest Großer Alpenball

Almetalle en gros

Robert Bader & Sohn, Berlin SO 26

Notgeldsammler

Allgemeine Orts-Krankenkasse

Befantragung

Ausführung

Admirals-Palast

Apollo-Theater

Rund um die Welt!

Rund um die Welt!

Maßkorsetts

Maßkorsetts

Maßkorsetts



Etwa 200000 Mark Preise und Prämien

werden verteilt beim großen Propaganda-Werbe-Ausschreiben für Schuhputz Nigrin und Seifenpulver Schnacköngig

Vertreter: Adolf Reimchüssel, Berlin S 42, Luisenpark 40.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Am Koenig, den 13. Februar 1922, abends 6 Uhr

Vertrauensmänner-Versammlung

am dem Reichswaldvertrag für das deutsche Holzgewerbe unternehmenden Vertriebe.

Außerordentliche Generalversammlung

am Freitag, den 17. Februar 1922, abends 6 Uhr

Bettwäsche, sehr billig!

Wir bringen zur Qual in richtigen Größen u. Größen Gr. Bezug 105.- 125.- 135.- 145.- 155.- 165.- 175.- 185.- 195.- 205.- 215.- 225.- 235.- 245.- 255.- 265.- 275.- 285.- 295.- 305.- 315.- 325.- 335.- 345.- 355.- 365.- 375.- 385.- 395.- 405.- 415.- 425.- 435.- 445.- 455.- 465.- 475.- 485.- 495.- 505.- 515.- 525.- 535.- 545.- 555.- 565.- 575.- 585.- 595.- 605.- 615.- 625.- 635.- 645.- 655.- 665.- 675.- 685.- 695.- 705.- 715.- 725.- 735.- 745.- 755.- 765.- 775.- 785.- 795.- 805.- 815.- 825.- 835.- 845.- 855.- 865.- 875.- 885.- 895.- 905.- 915.- 925.- 935.- 945.- 955.- 965.- 975.- 985.- 995.- 1005.- 1015.- 1025.- 1035.- 1045.- 1055.- 1065.- 1075.- 1085.- 1095.- 1105.- 1115.- 1125.- 1135.- 1145.- 1155.- 1165.- 1175.- 1185.- 1195.- 1205.- 1215.- 1225.- 1235.- 1245.- 1255.- 1265.- 1275.- 1285.- 1295.- 1305.- 1315.- 1325.- 1335.- 1345.- 1355.- 1365.- 1375.- 1385.- 1395.- 1405.- 1415.- 1425.- 1435.- 1445.- 1455.- 1465.- 1475.- 1485.- 1495.- 1505.- 1515.- 1525.- 1535.- 1545.- 1555.- 1565.- 1575.- 1585.- 1595.- 1605.- 1615.- 1625.- 1635.- 1645.- 1655.- 1665.- 1675.- 1685.- 1695.- 1705.- 1715.- 1725.- 1735.- 1745.- 1755.- 1765.- 1775.- 1785.- 1795.- 1805.- 1815.- 1825.- 1835.- 1845.- 1855.- 1865.- 1875.- 1885.- 1895.- 1905.- 1915.- 1925.- 1935.- 1945.- 1955.- 1965.- 1975.- 1985.- 1995.- 2005.- 2015.- 2025.- 2035.- 2045.- 2055.- 2065.- 2075.- 2085.- 2095.- 2105.- 2115.- 2125.- 2135.- 2145.- 2155.- 2165.- 2175.- 2185.- 2195.- 2205.- 2215.- 2225.- 2235.- 2245.- 2255.- 2265.- 2275.- 2285.- 2295.- 2305.- 2315.- 2325.- 2335.- 2345.- 2355.- 2365.- 2375.- 2385.- 2395.- 2405.- 2415.- 2425.- 2435.- 2445.- 2455.- 2465.- 2475.- 2485.- 2495.- 2505.- 2515.- 2525.- 2535.- 2545.- 2555.- 2565.- 2575.- 2585.- 2595.- 2605.- 2615.- 2625.- 2635.- 2645.- 2655.- 2665.- 2675.- 2685.- 2695.- 2705.- 2715.- 2725.- 2735.- 2745.- 2755.- 2765.- 2775.- 2785.- 2795.- 2805.- 2815.- 2825.- 2835.- 2845.- 2855.- 2865.- 2875.- 2885.- 2895.- 2905.- 2915.- 2925.- 2935.- 2945.- 2955.- 2965.- 2975.- 2985.- 2995.- 3005.- 3015.- 3025.- 3035.- 3045.- 3055.- 3065.- 3075.- 3085.- 3095.- 3105.- 3115.- 3125.- 3135.- 3145.- 3155.- 3165.- 3175.- 3185.- 3195.- 3205.- 3215.- 3225.- 3235.- 3245.- 3255.- 3265.- 3275.- 3285.- 3295.- 3305.- 3315.- 3325.- 3335.- 3345.- 3355.- 3365.- 3375.- 3385.- 3395.- 3405.- 3415.- 3425.- 3435.- 3445.- 3455.- 3465.- 3475.- 3485.- 3495.- 3505.- 3515.- 3525.- 3535.- 3545.- 3555.- 3565.- 3575.- 3585.- 3595.- 3605.- 3615.- 3625.- 3635.- 3645.- 3655.- 3665.- 3675.- 3685.- 3695.- 3705.- 3715.- 3725.- 3735.- 3745.- 3755.- 3765.- 3775.- 3785.- 3795.- 3805.- 3815.- 3825.- 3835.- 3845.- 3855.- 3865.- 3875.- 3885.- 3895.- 3905.- 3915.- 3925.- 3935.- 3945.- 3955.- 3965.- 3975.- 3985.- 3995.- 4005.- 4015.- 4025.- 4035.- 4045.- 4055.- 4065.- 4075.- 4085.- 4095.- 4105.- 4115.- 4125.- 4135.- 4145.- 4155.- 4165.- 4175.- 4185.- 4195.- 4205.- 4215.- 4225.- 4235.- 4245.- 4255.- 4265.- 4275.- 4285.- 4295.- 4305.- 4315.- 4325.- 4335.- 4345.- 4355.- 4365.- 4375.- 4385.- 4395.- 4405.- 4415.- 4425.- 4435.- 4445.- 4455.- 4465.- 4475.- 4485.- 4495.- 4505.- 4515.- 4525.- 4535.- 4545.- 4555.- 4565.- 4575.- 4585.- 4595.- 4605.- 4615.- 4625.- 4635.- 4645.- 4655.- 4665.- 4675.- 4685.- 4695.- 4705.- 4715.- 4725.- 4735.- 4745.- 4755.- 4765.- 4775.- 4785.- 4795.- 4805.- 4815.- 4825.- 4835.- 4845.- 4855.- 4865.- 4875.- 4885.- 4895.- 4905.- 4915.- 4925.- 4935.- 4945.- 4955.- 4965.- 4975.- 4985.- 4995.- 5005.- 5015.- 5025.- 5035.- 5045.- 5055.- 5065.- 5075.- 5085.- 5095.- 5105.- 5115.- 5125.- 5135.- 5145.- 5155.- 5165.- 5175.- 5185.- 5195.- 5205.- 5215.- 5225.- 5235.- 5245.- 5255.- 5265.- 5275.- 5285.- 5295.- 5305.- 5315.- 5325.- 5335.- 5345.- 5355.- 5365.- 5375.- 5385.- 5395.- 5405.- 5415.- 5425.- 5435.- 5445.- 5455.- 5465.- 5475.- 5485.- 5495.- 5505.- 5515.- 5525.- 5535.- 5545.- 5555.- 5565.- 5575.- 5585.- 5595.- 5605.- 5615.- 5625.- 5635.- 5645.- 5655.- 5665.- 5675.- 5685.- 5695.- 5705.- 5715.- 5725.- 5735.- 5745.- 5755.- 5765.- 5775.- 5785.- 5795.- 5805.- 5815.- 5825.- 5835.- 5845.- 5855.- 5865.- 5875.- 5885.- 5895.- 5905.- 5915.- 5925.- 5935.- 5945.- 5955.- 5965.- 5975.- 5985.- 5995.- 6005.- 6015.- 6025.- 6035.- 6045.- 6055.- 6065.- 6075.- 6085.- 6095.- 6105.- 6115.- 6125.- 6135.- 6145.- 6155.- 6165.- 6175.- 6185.- 6195.- 6205.- 6215.- 6225.- 6235.- 6245.- 6255.- 6265.- 6275.- 6285.- 6295.- 6305.- 6315.- 6325.- 6335.- 6345.- 6355.- 6365.- 6375.- 6385.- 6395.- 6405.- 6415.- 6425.- 6435.- 6445.- 6455.- 6465.- 6475.- 6485.- 6495.- 6505.- 6515.- 6525.- 6535.- 6545.- 6555.- 6565.- 6575.- 6585.- 6595.- 6605.- 6615.- 6625.- 6635.- 6645.- 6655.- 6665.- 6675.- 6685.- 6695.- 6705.- 6715.- 6725.- 6735.- 6745.- 6755.- 6765.- 6775.- 6785.- 6795.- 6805.- 6815.- 6825.- 6835.- 6845.- 6855.- 6865.- 6875.- 6885.- 6895.- 6905.- 6915.- 6925.- 6935.- 6945.- 6955.- 6965.- 6975.- 6985.- 6995.- 7005.- 7015.- 7025.- 7035.- 7045.- 7055.- 7065.- 7075.- 7085.- 7095.- 7105.- 7115.- 7125.- 7135.- 7145.- 7155.- 7165.- 7175.- 7185.- 7195.- 7205.- 7215.- 7225.- 7235.- 7245.- 7255.- 7265.- 7275.- 7285.- 7295.- 7305.- 7315.- 7325.- 7335.- 7345.- 7355.- 7365.- 7375.- 7385.- 7395.- 7405.- 7415.- 7425.- 7435.- 7445.- 7455.- 7465.- 7475.- 7485.- 7495.- 7505.- 7515.- 7525.- 7535.- 7545.- 7555.- 7565.- 7575.- 7585.- 7595.- 7605.- 7615.- 7625.- 7635.- 7645.- 7655.- 7665.- 7675.- 7685.- 7695.- 7705.- 7715.- 7725.- 7735.- 7745.- 7755.- 7765.- 7775.- 7785.- 7795.- 7805.- 7815.- 7825.- 7835.- 7845.- 7855.- 7865.- 7875.- 7885.- 7895.- 7905.- 7915.- 7925.- 7935.- 7945.- 7955.- 7965.- 7975.- 7985.- 7995.- 8005.- 8015.- 8025.- 8035.- 8045.- 8055.- 8065.- 8075.- 8085.- 8095.- 8105.- 8115.- 8125.- 8135.- 8145.- 8155.- 8165.- 8175.- 8185.- 8195.- 8205.- 8215.- 8225.- 8235.- 8245.- 8255.- 8265.- 8275.- 8285.- 8295.- 8305.- 8315.- 8325.- 8335.- 8345.- 8355.- 8365.- 8375.- 8385.- 8395.- 8405.- 8415.- 8425.- 8435.- 8445.- 8455.- 8465.- 8475.- 8485.- 8495.- 8505.- 8515.- 8525.- 8535.- 8545.- 8555.- 8565.- 8575.- 8585.- 8595.- 8605.- 8615.- 8625.- 8635.- 8645.- 8655.- 8665.- 8675.- 8685.- 8695.- 8705.- 8715.- 8725.- 8735.- 8745.- 8755.- 8765.- 8775.- 8785.- 8795.- 8805.- 8815.- 8825.- 8835.- 8845.- 8855.- 8865.- 8875.- 8885.- 8895.- 8905.- 8915.- 8925.- 8935.- 8945.- 8955.- 8965.- 8975.- 8985.- 8995.- 9005.- 9015.- 9025.- 9035.- 9045.- 9055.- 9065.- 9075.- 9085.- 9095.- 9105.- 9115.- 9125.- 9135.- 9145.- 9155.- 9165.- 9175.- 9185.- 9195.- 9205.- 9215.- 9225.- 9235.- 9245.- 9255.- 9265.- 9275.- 9285.- 9295.- 9305.- 9315.- 9325.- 9335.- 9345.- 9355.- 9365.- 9375.- 9385.- 9395.- 9405.- 9415.- 9425.- 9435.- 9445.- 9455.- 9465.- 9475.- 9485.- 9495.- 9505.- 9515.- 9525.- 9535.- 9545.- 9555.- 9565.- 9575.- 9585.- 9595.- 9605.- 9615.- 9625.- 9635.- 9645.- 9655.- 9665.- 9675.- 9685.- 9695.- 9705.- 9715.- 9725.- 9735.- 9745.- 9755.- 9765.- 9775.- 9785.- 9795.- 9805.- 9815.- 9825.- 9835.- 9845.- 9855.- 9865.- 9875.- 9885.- 9895.- 9905.- 9915.- 9925.- 9935.- 9945.- 9955.- 9965.- 9975.- 9985.- 9995.- 10005.- 10015.- 10025.- 10035.- 10045.- 10055.- 10065.- 10075.- 10085.- 10095.- 10105.- 10115.- 10125.- 10135.- 10145.- 10155.- 10165.- 10175.- 10185.- 10195.- 10205.- 10215.- 10225.- 10235.- 10245.- 10255.- 10265.- 10275.- 10285.- 10295.- 10305.- 10315.- 10325.- 10335.- 10345.- 10355.- 10365.- 10375.- 10385.- 10395.- 10405.- 10415.- 10425.- 10435.- 10445.- 10455.- 10465.- 10475.- 10485.- 10495.- 10505.- 10515.- 10525.- 10535.- 10545.- 10555.- 10565.- 10575.- 10585.- 10595.- 10605.- 10615.- 10625.- 10635.- 10645.- 10655.- 10665.- 10675.- 10685.- 10695.- 10705.- 10715.- 10725.- 10735.- 10745.- 10755.- 10765.- 10775.- 10785.- 10795.- 10805.- 10815.- 10825.- 10835.- 10845.- 10855.- 10865.- 10875.- 10885.- 10895.- 10905.- 10915.- 10925.- 10935.- 10945.- 10955.- 10965.- 10975.- 10985.- 10995.- 11005.- 11015.- 11025.- 11035.- 11045.- 11055.- 11065.- 11075.- 11085.- 11095.- 11105.- 11115.- 11125.- 11135.- 11145.- 11155.- 11165.- 11175.- 11185.- 11195.- 11205.- 11215.- 11225.- 11235.- 11245.- 11255.- 11265.- 11275.- 11285.- 11295.- 11305.- 11315.- 11325.- 11335.- 11345.- 11355.- 11365.- 11375.- 11385.- 11395.- 11405.- 11415.- 11425.- 11435.- 11445.- 11455.- 11465.- 11475.- 11485.- 11495.- 11505.- 11515.- 11525.- 11535.- 11545.- 11555.- 11565.- 11575.- 11585.- 11595.- 11605.- 11615.- 11625.- 11635.- 11645.- 11655.- 11665.- 11675.- 11685.- 11695.- 11705.- 11715.- 11725.- 11735.- 11745.- 11755.- 11765.- 11775.- 11785.- 11795.- 11805.- 11815.- 11825.- 11835.- 11845.- 11855.- 11865.- 11875.- 11885.- 11895.- 11905.- 11915.- 11925.- 11935.- 11945.- 11955.- 11965.- 11975.- 11985.- 11995.- 12005.- 12015.- 12025.- 12035.- 12045.- 12055.- 12065.- 12075.- 12085.- 12095.- 12105.- 12115.- 12125.- 12135.- 12145.- 12155.- 12165.- 12175.- 12185.- 12195.- 12205.- 12215.- 12225.- 12235.- 12245.- 12255.- 12265.- 12275.- 12285.- 12295.- 12305.- 12315.- 12325.- 12335.- 12345.- 12355.- 12365.- 12375.- 12385.- 12395.- 12405.- 12415.- 12425.- 12435.- 12445.- 12455.- 12465.- 12475.- 12485.- 12495.- 12505.- 12515.- 12525.- 12535.- 12545.- 12555.- 12565.- 12575.- 12585.- 12595.- 12605.- 12615.- 12625.- 12635.- 12645.- 12655.- 12665.- 12675.- 12685.- 12695.- 12705.- 12715.- 12725.- 12735.- 12745.- 12755.- 12765.- 12775.- 12785.- 12795.- 12805.- 12815.- 12825.- 12835.- 12845.- 12855.- 12865.- 12875.- 12885.- 12895.- 12905.- 12915.- 12925.- 12935.- 12945.- 12955.- 12965.- 12975.- 12985.- 12995.- 13005.- 13015.- 13025.- 13035.- 13045.- 13055.- 13065.- 13075.- 13085.- 13095.- 13105.- 13115.- 13125.- 13135.- 13145.- 13155.- 13165.- 13175.- 13185.- 13195.- 13205.- 13215.- 13225.- 13235.- 13245.- 13255.- 13265.- 13275.- 13285.- 13295.- 13305.- 13315.- 13325.- 13335.- 13345.- 13355.- 13365.- 13375.- 13385.- 13395.- 13405.- 13415.- 13425.- 13435.- 13445.- 13455.- 13465.- 13475.- 13485.- 13495.- 13505.- 13515.- 13525.- 13535.- 13545.- 13555.- 135